Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile $1\frac{1}{4}$ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 67. Sonnabend den 8. März 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 5. März, Abends 8 Uhr. Die Pariser Garnison ist zum Theil geändert worden. — Die Kommission zur Berathung des Budgets ist theilweise gewählt. — Einem Gerüchte nach wird nicht Aupick, sondern Drouyn de Lhuis nach London gehen.

London, 4. März. Lord Russell hat im Unterhause die ministeriellen Deputirten aufgefordert, im Interesse des Freihandels die Projekte des Ministeriums gegen Lord Stanley zu unterstützen. Die Kirchenbill müsse er amendirt festhalten.

Stettin, 6. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen pr. Frühjahr $30\frac{3}{4}$, $30\frac{1}{2}$ bez., pr. Juni 32 Gld. Rüböl $9\frac{2}{3}$, pr. Herbst $10\frac{1}{2}$ Gld. — Spiritus 24, pr. Frühjahr $23\frac{3}{4}$ Geld.

Hamburg, 6. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Weizen, fest. Roggen, matt. — Oel pr. Frühjahr 21, pr. Oktober $21\frac{3}{8}$. — Kaffeemarkt, fest, ohne Umsatz.

Frankfurt a. M., 6. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn $39\frac{7}{8}$.

Paris, 5. März, Nachmittags 5 Uhr. 3pCt. 58, 10. 5pCt. 96, 90. (Berl. Bl.)

Agram, 6. März. Nunmehr ist auch die Citadelle von Banjaluka von den bosnischen Insurgenten eingenommen worden. Die türkische Besatzung hat freien Abzug erhalten.

Turin, 3. März. Die „Gazetta piemontese" bringt eine Kundmachung bezüglich der Anordnungen zur morgigen Konstitutionsfeier.

Triest, 6. März. London 12, 44. Silber $29\frac{7}{8}$.

Uebersicht.

Breslau, 7. März. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer kamen mehre interessante Gegenstände zur Sprache, ehe man zur Tagesordnung überging. Auf derselben stand nun die Berathung des Etats des Staatsministeriums. Dieser Etat, sowie der des geheimen Civil-Kabinets, der General-Ordens-Kommission und der Ober-Rechnungskammer wurden ohne Debatte bewilligt. Erst der Etat des auswärtigen Ministeriums rief eine Debatte hervor. Einige Anfragen über Aufschlüsse, die Politik des Ministeriums betreffend, wurden zurückgewiesen. Hierauf wurde auch dieser Etat, sowie mehrere nachfolgende nach dem Vorschlage der Kommission angenommen und Anträge auf Verminderung derselben verworfen.

Unsere Berliner §§-Korrespondenz erörtert heut die Frage: was man von den Centrumsmännern der zweiten Kammer zu erwarten habe?

Der Berliner ≌-Korrespondent meldet: daß in Berlin Mißstimmung wegen der neuen Geldforderung von 14 Millionen herrsche.

Der Abgeordnete Harkort soll wegen seines „Bürger- und Bauernbriefes" gerichtlich verfolgt werden. Er selbst soll dies wünschen, um die Wahrheit seiner in dieser Brochüre aufgestellten Behauptungen öffentlich darthun zu können.

Der Staatsminister Uhden wird am 10. d. Mts. nach Kassel abgehen. In dessen Stellung in Breslau wird der geh. Ober-Justizrath Baumeister einrücken.

Auf die Anzeige von dem französischen Proteste gegen den Eintritt Gesammt-Oesterreichs in den deutschen Bund soll (nach der Neuen Preuß. Ztg.) die preußische Regierung gegenüber dem französischen Gesandten erklärt haben: dies sei eine innere Bundes-Angelegenheit und da der Bund mündig sei, so stehe es ihm zu, seine Angelegenheiten selbst zu ordnen und fremde Einmischung zurückzuweisen.

In Wien soll eine neue Pariser drohende Note eingetroffen sein.

Die Plenarsitzungen in Dresden sollen erst wieder beginnen, sobald Oesterreich und Preußen einig sind.

In den thüringischen Staaten halten sich jetzt österreichische Emissäre auf, welche die thüringischen Fürsten zu Gunsten Oesterreichs bearbeiten sollen.

Dem Kurfürsten von Hessen soll es endlich von dem Bundes-Civil-Kommissar gestattet worden sein, eine Schwadron des früher aufgelösten Garde-dü-Corps-Regiments zu reorganisiren. — Hassenpflug soll in den österr. Freiherrenstand erhoben worden sein.

In München behauptet man, daß schon künftigen Monat ein baiersches Corps an die Schweizergrenze rücken werde. — König Ludwig ist gefallen und hat sich am Knie hart beschädigt.

In Oldenburg berathen jetzt die von Dresden zurückgekehrten Minister die deutsche Frage und werden in diesen Tagen wieder nach Dresden abreisen.

Am 4. Februar wurde in der zweiten Kammer zu Dresden der revidirte Verfassungsentwurf verworfen, und es bleibt also bei der vormärzlichen Verfassung.

Am 5. Februar kam in der ersten Kammer zu Hannover das Schreiben der Regierung, die deutsche Politik betreffend, zur Berathung. Der Ministerpräsident sprach über die Politik Hannovers in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten und gab gewissen Regierungen einige Seitenhiebe wegen ihrer schwankenden Politik. Der Antrag: das Schreiben ad acta zu legen, wurde in dieser Kammer verworfen; dagegen ein anderer Antrag auf Entfernung des Schreibens von der Tagesordnung, da die Stände nicht in der Lage seien, sich über die Handlungsweise der Regierung auszusprechen — mit 34 gegen 21 Stimmen angenommen.

In diesen Tagen werden österreichische Truppen aus Lübeck und dem Lauenburgischen nach Holstein rücken, um die übrigen Theile dieses Herzogthums zu besetzen.

Zu Paris beschäftigt man sich gegenwärtig nicht mit Politik, sondern mit dem Fastnachtsochsen. — Girardin hat einen Antrag auf Aufhebung aller Ausnahmegesetze gestellt. (Demgemäß also die Rückkehr der exilirten Fürsten frei gegeben.)

Am 3. März gaben die brittischen Minister im Parlamente abermals Erklärungen in Betreff des Standes der Ministerkrisis ab. Lord Russell machte im Unterhause die Anzeige, daß dem Rathe des Herzogs v. Wellington gemäß, die Königin den Wiedereintritt des bisherigen Ministeriums verfügt habe. Das bisherige Ministerium hat diese Mission angenommen, und er (Russell) beantrage die Parlaments-Verhandlungen bis Freitag den 6. zu vertagen. Er werde dann mittheilen, welche Aenderungen er in der antipäpstlichen Bill vorzunehmen und wann er mit den Verhandlungen über das Budget fortzufahren gedenke. Im Oberhause machte Lord Lansdowne ähnliche Mittheilungen. Die verschiedenen Parteien sind übereingekommen, keine gemeinsamen Anstrengungen zum Sturze des Kabinets zu machen.

Wie aus Wien gemeldet wird, soll Fürst Schwarzenberg in Dresden auf die Anfrage eines Bevollmächtigten und in Gegenwart des Ministers von Manteuffel erklärt haben: daß die österreichische Regierung in keinem Stadium der Verhandlungen mit Preußen die Zusage ertheilt habe: die ihm vertragsmäßig zustehenden Präsidialrechte in Deutschland mit Preußen zu theilen. — Olmütz ist schon vergessen.

Während österreichische offizielle Organe vor Kurzem behaupteten, daß die Insurrektion in Bosnien so gut als beendet sei, berichtet die neueste Agramer Zeitung, daß die bosnischen Insurgenten die Stadt und die Zitadelle Banjaluka eingenommen haben.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Sechsunddreißigste Sitzung vom 6. März.
Präsident: Graf v. Schwerin.
Eröffnung: 11 Uhr 15 Minuten.

Am Ministertische: v. Rabe, später v. Manteuffel, Simons und v. Westphalen und drei Regierungskommissarien.

Tagesordnung: 1) Bericht der Central-Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats, betreffend die Etats für das Büreau des Staatsministeriums, für das geheime Civil-Kabinet rc. rc. 2) Bericht derselben Kommission über die Einnahmen und Ausgaben der Justiz-Verwaltung. 3) Bericht derselben Kommission, betreffend die Verwaltung der Domainen, Forsten und direkten Steuern.

Der Schriftführer Abg. Reuter verliest das Protokoll der vorigen Sitzung. Dasselbe wird von der Kammer genehmigt.

Mehrere Urlaubsgesuche werden bewilligt.

Der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten zeigt mittelst Schreibens an, daß die österreichische Regierung wiederholt verlangt habe, in Besitz der Verhandlungen der preußischen Kammern zu gelangen, und daß sie dagegen die Verhandlungen des österreichischen Reichstages austauschen wolle. (**Lebhaftes Gelächter.**)

Die Kammer bewilligt die Ablieferung eines Exemplars der Verhandlungen der zweiten Kammer an den Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Hieran knüpft der Präsident die Mittheilung, daß bereits mit vielen anderen Staaten ein solcher Austausch der Parlamentsverhandlungen angebahnt sei, und daß sich in der Bibliothek der 2. Kammer bereits die Verhandlungen der Parlamente von Belgien, der Niederlande, Baiern, Sachsen, Baden, Sachsen-Weimar, Mecklenburg, Braunschweig, Sachsen-Koburg, Hessen, die beiden Schwarzburgs rc. befinden.

Der Abg. v. Vincke regt hierbei an, daß es wünschenswerth sei, auch mit dem englischen Parlamente einen solchen Austausch der Verhandlungen anzubahnen, worauf der Präsident erwidert, daß er den Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten ersuchen werde, den Austausch zu vermitteln.

Hierauf werden noch zwei Wahlprüfungen erledigt, und die Wahlen nach den Anträgen der Abtheilungen genehmigt.

Der Abg. Wenzel macht hierauf eine Bemerkung in Bezug auf eine bei der Berathung des Disziplinargesetzes von dem Herrn Justizminister gemachte Aeußerung über „zwei Gerichte", mit denen nach seiner Meinung das Kreisgericht zu Oppeln und das Appellationsgericht zu Ratibor gemeint seien, aus welcher hervorgehe, als haben die beiden Gerichte bei den bekannten Vorgängen wissentlich gegen ihre Ueberzeugung gehandelt. Um dieselben dagegen zu wahren, legt er die beiden Erkenntnisse des königlichen Ober-Tribunals auf das Büreau nieder, aus welchen hervorgehe, daß die beiden Gerichtshöfe nach ihrer besten Ueberzeugung gehandelt haben.

Justiz-Minister. Er könne die Bemerkung nicht unterlassen, daß er nicht wisse, was den Berichterstatter veranlaßt habe, diese Bemerkung zu machen. Er halte es nicht für nöthig, auf seine damalige Erörterung wieder einzugehen, da diese Sache nicht auf der Tagesordnung stehe. (Bravo!)

Es wird nunmehr zum ersten Gegenstand der Tagesordnung übergegangen.

Der Abg. v. Görtz giebt zuerst noch eine Uebersicht der Prinzipien, nach denen die Prüfung des Etats in der Kommission vor sich gegangen.

Berichterstatter ist der Abg. Linhoff.

Die Kommission schlägt vor, den Etat für das Büreau des Staatsministeriums in Ausgabe mit 34,900 Thlr. als richtig anzuerkennen.

Ebenso beantragt die Kommission die Genehmigung des Etats für das geheime Civil-Kabinet, in Ausgabe für das Jahr 1851 auf 18,700 Thlr., also um 100 Thlr. höher als für das vorhergehende Jahr festzusetzen.

Der Etat für die General-Ordens-Kommission, deren Genehmigung die Kommission gleichfalls beantragt, beträgt in Einnahme 1250 Thlr., in Ausgabe 21,450 Thlr.

Die Kammer genehmigt diese drei Positionen stillschweigend.

Bei dem Etat für die Ober-Rechnungskammer hat die Kommission eine Ausstellung dahin gemacht, den Fonds zur Remuneration und Unterstützungen von 2000 Thlr. auf 1500 Thlr. zu ermäßigen und gleichzeitig auszusprechen, daß daraus auch die Neujahrsgelder für die Unterbedienten zu entnehmen, somit die dafür ausgeworfenen 260 Thlr. vom Etat abzusetzen seien.

Hiernach geht der Antrag der Kommission dahin:

den Etat der Ober-Rechnungskammer nach Ermäßigung des Fonds zu Remunerationen und Unterstützungen um 500 Thlr. und nach Absetzung von 260 Thlr. zu Neujahrsgeldern für die Unterbedienten, auf 114,660 Thlr. festzusetzen.

Nach kurzer Debatte tritt die Kammer dem Antrage der Kommission bei.

Der Etat für die Ober-Examinationskommission für die Prüfung von höheren Verwaltungsbeamten wird in Einnahme mit 280 Thlr., so wie in Ausgabe mit 970 Thlr. genehmigt.

Die Ausgaben für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten betragen 648,420 Thlr. und sind um 19,230 Thlr. höher als 1850 veranschlagt, von denen jedoch 7420 Thlr. künftig wegfallen. Die Kommission beantragt hierbei:

den Etat für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in der Einnahme auf 6,610 Thlr., in der Ausgabe aber, nach Absetzung von 6000 Thlr. für Diäten und Reisekosten der Gesandtschaftsbeamten, sowie von 3000 Thlr. für Kourier- und Reisekosten, auf 639,420 Thlr. zu genehmigen.

Abg. Beckerath: Wenn die Kommission dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten so bedeutende Fonds zur Disposition stellen wolle, so werde sie auch ohne Zweifel umfassende Nachweisungen über die auswärtige Politik erhalten, wie die Kommission im vorigen Jahre. Der Kammer seien solche Mittheilungen gemacht; was man aber allgemein über die Politik des Ministeriums wisse, die Vorgänge in Holstein und Hessen, die Apotheose des alten Bundestages, den man so oft für ganz unhaltbar erklärte, alles das rechtfertige keineswegs das Vertrauen in die Leitung der auswärtigen Politik. Er wünsche demnach, daß die Kommission die ihr zugegangenen Aufschlüsse der Kammer mittheilen möge.

Abg. Harkort: Er werde sich nur der materiellen Seite der Frage zuwenden. Er frage, was der spanische Gesandte für den Handel gethan, was unsere Konsulate für unsere materiellen Interessen leisteten? Er erwarte, daß das Ministerium darüber sich äußern werde.

Abg. v. Bodelschwingh (Hagen) berichtigt den Vorredner. Die Central-Budget-Kommission habe nicht geglaubt, daß sie bei Gelegenheit der Prüfung der Budgets eine Kontrole über das Ministerium ausüben müsse. Sie habe von dem Gesichtspunkte, daß Preußen eine Großmacht sei, angenommen, daß dasselbe ein Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten haben müsse.

Der Abg. v. Vincke stellt das Amendement, die Position von 4000 Thlr. für einen Militär-Bevollmächtigten in St. Petersburg von dem Etat abzusetzen, weil er einen solchen Bevollmächtigten vollkommen für überflüssig halte.

Der Regierungskommissarius bemerkt hierauf, daß die Stelle eines Militär-Bevollmächtigten in Rußland von sehr großem Nutzen bisher gewesen sei und noch sein werde.

Der Abg. v. Röder beantragt aus Schicklichkeitsgründen den Uebergang zur Tagesordnung über den Vinckeschen Antrag.

Der Abg. v. Bismark-Schönhausen tritt mit einer kurzen Bemerkung der Ausführung des „Volksvertreters" für Krefeld entgegen und spricht für die Tagesordnung.

Bei der Abstimmung geht die Kammer über den Antrag des Abgeordneten v. Vincke zur Tagesordnung über und genehmigt hierauf den ersten Antrag der Kommission:

die Erwartung auszusprechen: daß die Regierung zur Ersparung von Kosten darauf Bedacht nehmen werde, in geeigneten Fällen Gesandtschafts- und Geschäftsträgerstellen zusammen zu ziehen, so wie Gesandtschaften in Geschäftsträgerposten umzuwandeln.

Die Kommission beantragt zweitens die Diäten und Reisekosten der diplomatischen Beamten von 16,000 Thalern auf 10,000 Thaler zu ermäßigen.

Der Abg. Hesse spricht gegen diesen Antrag und will die Genehmigung der Position von 16,000 Thalern.

Der Abg. v. Bodelschwingh (Hagen) vertheidigt den Kommissions-Antrag.

(Während dieser Debatte erscheinen die Herren Staatsminister v. Raumer, v. Stockhausen und v. d. Heydt.)

Der Antrag der Kommission wird genehmigt.

Die Ausgaben für die Konsularagenten betragen 17,600 Thaler. Die Kommission beantragt:

daß bei eintretender Erledigung dieser Stellen die Reisegelder auf je 500 Thaler ermäßigt werden, und daß dies bei jeder der bezeichneten Stellen durch Uebertragung von 500 Thaler in der Aussterbekolonne angedeutet werde.

Die Kammer genehmigt diesen Antrag.

Für Kurier- und Reisekosten setzt der Etat 15,000 Thaler aus. Die Kommission schlägt vor, diese Position auf 12,000 Thaler herabzusetzen.

Die Abgg. Hesse, Schöpplenberg und v. Bismark-Schönhausen erklären sich gegen die Ermäßigung und beantragen, die Position mit 15,000 Thaler zu genehmigen.

Der Regierungs-Kommissarius hebt noch einmal kurz die Bedenken hervor, welche die Herabsetzung dieser Position erregen müßte und beantragt die Genehmigung des Etats.

Die Kammer genehmigt bei der Abstimmung den Kommissions-Antrag.

Die Position zur Entschädigung für etwaige Verluste rc. für die Beamten des Ministeriums.

Die Kommission schlägt hierbei vor:

Die Kammer wolle die Erwartung aussprechen: daß, unbeschadet der Ansprüche der jetzigen Nutznießer, derartige Entschädigungen nicht mehr gewährt und daher die dafür angesetzten 5000 Thaler in die Aussterbekolonne übertragen werden.

Dieser Antrag wird genehmigt und ebenso der bereits oben mitgetheilte Schlußantrag der Kommission angenommen.

Der Ausgabeetat für das geheime Staatsarchiv wird mit 5250 Thalern genehmigt; desgleichen der Etat für die Provinzialarchive mit 10,575 Thalern.

Der Beitrag zu dem Bau der Festungen Ulm und Rastatt wird mit 274,000 Thalern genehmigt.

Schließlich wird auch der Kommissionsantrag über den Etat des Finanzminsteriums dahin gehend:

Die Kammer wolle den Ausgabeetat des Finanzministeriums für das Jahr 1851 in dem Betrage von 178,420 Thalern für richtig anerkennen,

so wie der Kommissionsvorschlag:

die Erwartung auszusprechen, daß auch ferner zur möglichsten Kostenersparung auf jede zulässige Concentrirung der Kassenverwaltung hingewirkt werde,

angenommen und damit der erste Gegenstand der Tages-Ordnung erledigt.

Zu dem zweiten Gegenstand, betreffend die Etats für die Justizverwaltung, werden mehrere eingegangene Amendements verlesen und ausreichend unterstützt. Die Einnahmepositionen des Etats werden ohne Debatte genehmigt. Die Ausgaben bei dem Justizministerium mit 81,850 Rthlr., beim Obertribunal mit 103,900 und beim rheinischen Revisions- und Kassationshofe mit 30,200 Rthlr. werden genehmigt. Bei der letzteren Position beantragt die Kommission:

die Kammer wolle die Erwartung aussprechen, daß die Vorlegung des in Art. 116 der Verfassungsurkunde verheißenen Gesetzes über die Vereinigung des rheinischen Revisions- und Kassationshofes mit dem Obertribunale schleunigst erfolgen möge.

Auch diesem Antrage tritt die Kammer bei.

Die Ausgabeposition für die Obergerichte, Besoldungen für die Beamten rc. sind mit 1,094,285 Rthlr. ausgeworfen.

Die Kommission stellt nur den Antrag:

von den persönlichen Ausgaben der Obergerichte (Ausg. A. 4. a.), und in specie die Oberstaatsanwaltschaft 800 Rthlr. abzusetzen.

Der Abg. Steinbeck hat hierzu ein Amendement auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt und begründet seinen Antrag.

Der Herr Justizminister rechtfertigt die Forderung der Regierung in dem Etat und beantragt deren Genehmigung.

Der Antrag des Abg. Steinbeck wird verworfen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen und somit die 800 Rthlr. gestrichen.

In Betreff der Gehälter bei den Untergerichten setzt der Etat bei den Stadt- und Kreisgerichten 4,501,041 Rthlr. aus. In Folge einer der vorjährigen Kammerbeschlüsse entsprechenden Regulirung der Gehälter der Direktoren nach der besonderen Theuerheit und Wohlfeilheit ihres Wohnortes ist ein Mehransatz von 600 Rthlr. entstanden. Die Kommission beantragt:

Die Kammer wolle die Erwartung aussprechen, daß die fernere Befolgung jenes Grundsatzes Seitens der Staatsregierung nicht zu einer weitern Belastung des Etats führen möge.

Die Kommission beantragt ferner:

Die Kammer wolle die Erwartung aussprechen, daß die pekuniäre Stellung des Unterrichterpersonals in dem Maße werde verbessert werden, als dies ohne weitere Beschwerung des Etats etwa dadurch zu ermöglichen sei, daß die nachgewiesenen Aussterbegehälter, sobald sie zur Erledigung kommen, in Höhe derjenigen Summe verwendet werden, welche erforderlich ist, um das durchschnittliche Gehalt der Kreisrichter von 725 Rthlrn. auf 750 Rthlr. zu bringen.

Außer dem Berichterstatter spricht der Abg. Wentzel zur Begründung seines Antrages, welcher dahin geht, daß die Kammer die Erwartung ausspreche, daß die Regierung die Gehälter der Justiz-Unterbeamten in angemessener Weise verbessere und insoweit erhöhe, daß sie denen der Unterbeamten in anderen Branchen nicht nachstehen.

Ferner der Abg. Geßler für seinen Antrag, welcher dahin geht, die vier 1849 vereidigten gerichtlichen Dolmetscher in den Etat der Subalternbeamten aufzunehmen.

Der Justizminister: Diese Beamten seien nur als Sachverständige zu betrachten; gehörten daher als solche nicht zu den höhern Subalternbeamten. Der vorliegende Antrag, der sich nur auf einen Theil dieser Beamten beziehe, sei ein sehr spezieller, und es sei daher wünschenswerth, daß derselbe nicht bei der Budget-Berathung gestellt werde. Aber er sei auch gegen das Materielle des Antrages und bitte die Kammer, den Antrag abzulehnen.

Abg. v. Görtz gegen sämmtliche Amendements, weil es nicht die Aufgabe der Kammer sei, Anträge auf Erhöhung des Budgets zu stellen, und sich durch diese in das Regieren zu mischen.

Abg. v. Brauchitsch für das Mentzel'sche Amendement.

Abg. v. Geßler zieht sein Amendement zurück.

Abg. v. Kleist-Reetzow gegen sämmtlich Amendements.

Abg. v. Beseler sucht aus der konstitutionellen Theorie gegen den Abgeordneten v. Görtz nachzuweisen, daß die Kammer auch die Aufgabe habe, die Erhöhung gewisser Etats zu beantragen, es sei dies weder unkonstitutionell, noch unparlamentarisch.

Abg. v. Görtz berichtigt ein Mißverständniß.

Abg. Keller unterscheidet zwischen der kontrolirenden Stellung der Kammer beim Staatshaushalts-Etat und der gesetzgebenden Stellung. Auf dem Wege der Gesetzgebung stehe es der Kammer frei, Verbesserungen zu erstreben, die nachher auch eine Erhöhung des Budgets herbeiführten; jedoch gehöre dies nicht in die Budget-Debatte.

Der Schluß ist beantragt, wird jedoch verworfen.

Abg. v. Vincke schließt sich dem vorigen Redner an und replizirt dem Abg. Beseler mit der Autorität Dahlmanns, macht jedoch den Abg. v. Görtz darauf aufmerksam, daß sein Antrag in Betreff der Regulirung des Oberstromes ebenfalls zu diesen unkonstitutionellen Anträgen, die eine Erhöhung des Etats bezwecken, gehöre.

Abg. Beseler spricht noch einmal über die konstiutionelle Theorie.

Nachdem noch die Abgg. v. Görtz und Geßler zu persönlichen Bemerkungen das Wort erhalten, und der Berichterstatter zum Schluß gesprochen, wird der Antrag des Abg. Wenzel von der Kammer verworfen.

Der Berichterstatter begründet hierauf die beiden oben angeführten Kommissions-Anträge. Der zuerst angeführte wird genehmigt.

Der Finanz-Minister spricht sich in Bezug auf den zweiten mit dem Hauptantrage einverstanden aus, erklärt sich jedoch gegen die Hinweisung auf die Aussterbegehälter und der Festsetzung des Minimums auf 750.

Abg. v. Görtz beantragt die Trennung dieses Antrages.

Der Hauptantrag wird angenommen, der Zusatz, welcher auf die Verwendung der Aussterbegehälter verweist, verworfen.

Die Etats für die Besoldungen bei der Staats-Anwaltschaft, mit 153,100 Rthlr., bei den Friedens- und Handelsgerichten der Rheinprovinz mit 181,875 Rthlr. werden genehmigt, ebenso die für die Dispositions-Fonds bei dem Justizministerium von 3440, bei dem Obertribunal von 2900 Rthlr., bei den Appellationsgerichten mit Ausschluß des Departements Köln von 60,232 Rthlr., bei der Ober-Staatsanwaltschaft von 13,820 Rthlr. Der für das Appellationsgericht zu Köln ausgeworfene Dispositions-Fonds beträgt 9050 Rthlr. Die Kommission beantragt:

Die Kammer wolle die Erwartung aussprechen, daß durch eine Veränderung der Einrichtung, nach welcher den Assisen-Präsidenten in der Rheinprovinz neben den Reisekosten eine Entschädigung von 100 Rthlrn. für die Sitzungsperiode gezahlt wird, eine Ersparniß herbeigeführt werde.

Der Justizminister spricht sich gegen diesen Antrag aus. Die betreffende Einrichtung bestehe seit 1819 und stehe mit der Größe des Bezirkes im Verhältniß.

Der Antrag wird verworfen.

Ein Antrag auf Vertagung der Debatte wird angenommen.

Schluß der Sitzung $2\frac{3}{4}$ Uhr.

Nächste Sitzung: Morgen, 12 Uhr Mittags. Fortsetzung der Berathung des Etats für das Justizministerium, der Etat für das Ministerium des Innern.

Berlin, 6. März. Der bisherige Obergerichts-Assessor Aschenborn zu Landsberg a. d. W. ist zum Rechtsanwalt für den Bezirk des Kreisgerichts zu Friedeberg, mit Anweisung seines Wohnorts in Arnswalde, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. d. O.; und der bisherige Kreisrichter Oehr zum Rechtsanwalt für den Bezirk des Kreisgerichts zu Gleiwitz, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gleiwitz, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Ratibor ernannt worden.

Angekommen: Se. Excellenz der General der Kavalerie, General-Adjutant Sr. Majestät des Königs, Gesandter in außerordentlicher Mission am königl. hannoverschen Hofe, Graf von Nostiz, von Hannover. Se. Excellenz der General-Lieutenant, General-Adjutant Sr. Majestät des Königs und kommandirender General des 7ten Armee-Corps, Graf von der Gröben, von Münster. Se. Excellenz der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, Staatsminister Flottwell, von Potsdam.

§§ **Berlin,** 6. März. [Es wird von Tag zu Tag deutlicher, was das Land von den Centrumsmännern der zweiten Kammer zu erwarten hat.] Hört man die Herren in den Fraktionsversammlungen sprechen, so erstaunt man über die Art und Weise, wie sie die Regierungspolitik verurtheilen. Geht man dann am folgenden Tage in die Kammer, so zweifelt man, ob die Männer, welche blindlings für die Regierung stimmen, und die Tadler von gestern identisch seien. Reime sich, wer da kann, diesen Widerspruch zwischen Rede und Abstimmung zusammen. Wurden seither von der Opposition Principienfragen angeregt, dann antwortete man im Centrum: Wir sind nicht da, über Themen zu streiten, sondern die öffentlichen Angelegenheiten zu berathen; was euch an der Politik der einzelnen Ministerien nicht gefällt, könnt ihr bei den Specialgesetzen und bei der Budgetberathung zur Sprache bringen. Nun ist man endlich bei der Budgetberathung angelangt. Das Budget für das auswärtige Ministerium steht auf der Tagesordnung. Herr v. Beckerath verlangt, daß die Kommission Auskunft gebe über die Mittheilungen, welche das Ministerium des Auswärtigen in ihrem Schooße gemacht. Da erklärt der Referent der Kommission, Herr v. Bodelschwingh, sehr kurz: die Kommission habe nicht die Thätigkeit des auswärtigen Ministeriums in den Kreis ihrer Berathungen ziehen zu müssen geglaubt; ihr habe das einzige Faktum genügt, daß Preußen eine Großmacht sei und ein Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten brauche. Nach französischem Muster die Budgetberathung zur Kritik der auswärtigen Politik auszubeuten, habe die Kommission sich nicht veranlaßt gefunden. — Wer es nicht gehört, der möchte es kaum glauben, daß in einem Parlamente so naive Aeußerungen gethan werden können. Herr v. Bodelschwingh befindet sich zunächst in einem faktischen Irrthume. Gelegentlich der Budgetberathung sich über die Politik des geldverlangenden Ministeriums äußern, heißt nicht ein französisches Vorbild nachahmen. England ist das Vaterland des Konstitutionalismus. Daher rührt auch jene Sitte. Der Engländer ist nämlich so anspruchsvoll, bei jedem Pfennig, den er der Regierung giebt, zu fragen wozu, und bei jedem verausgabten Pfennig zu prüfen, ob die Ausgabe dem Interesse des Landes angemessen gewesen. Das haben sie später in Frankreich und in Holland, und in Belgien und überall, wo es Verfassungen giebt, gethan. Wenn dies nicht geschieht, so hat die ganze Budgetberathung keinen Zweck und es ist verlorne Zeit, die Etats einzeln zu berathen, unnütz, das Recht der Feststellung des Etats zu besitzen. Es ist traurig, dergleichen ABC-Sätze heute noch wiederholen zu müssen. Wir möchten Herrn v. Bodelschwingh wohl um Auskunft bitten, was er denn eigentlich der Budgetberathung für Gränzen ziehen will. Es scheint uns eine sehr untergeordnete Bedeutung zu haben, ob bei dem Spezialetat einige hundert Thaler für diesen oder jenen Posten zu viel oder zu wenig veranlagt werden. Die erste Frage ist die, ob denn das auswärtige Ministerium, dessen die „Großmacht Preußen bedarf", auch zum Nutzen und Frommen dieser „Großmacht" wirke. Es wäre interessant zu erfahren, wie Herr v. Bodelschwingh selbst vom rein administrativen Standpunkte aus, die Nothwendigkeit eines Gesandtschaftspostens beurtheilen will, wenn er nicht dabei die Beziehungen des Staates zu dem fremden Staate, wo die Gesandtschaft akkreditirt ist, ins Auge faßt. Wir glauben aber auch nicht, daß Herr v. Bodelschwingh im Ernste an seine heutige Aeußerung glaube. Es scheint vielmehr ein wohlangelegter Plan des Centrums zu sein, jede Debatte über die auswärtige Politik abzuschneiden. Wir beneiden Herrn v. Bodelschwingh und seine Partei nicht um die Verantwortlichkeit dieser Politik des Schweigens. Qui ne dit mot consent, wer still schweigt, willigt ein, so sagt das Sprüchwort. Sollte, trotz aller rettenden Thaten, das Staatsschiff einmal Schiffbruch erleiden, so werden wir es erleben, daß die Minister ihre Hände in Unschuld waschen und das mit Recht. Die Majorität der zweiten Kammer hat stillschweigend gewähren lassen, sie ist solidarisch mit dem Ministerium für die Geschicke des Landes verpflichtet.

≅ **Berlin,** 6. März. [Der außerordentliche Geldbedarf der Militär-Verwaltung. — Harkorts Bürger- und Bauernbrief. — Der Strafgesetz- und der Preßgesetz-Entwurf. — Vermischte Nachrichten.] Die Stimmung, welche durch die neue Regierungs-Vorlage wegen des ferneren außerordentlichen Geldbedarfs der Militär-Verwaltung hervorgebracht worden ist, macht sich in der Form einer argen Verstimmung unter allen Parteien der Kammer geltend. Also außer den durch das Gesetz vom 7. März 1850 für den gleichen Zweck bewilligten 18 Millionen Thalern wird noch die enorme Summe von 14 Millionen gefordert werden, so daß also die traurigen Demonstrationen des vorigen Jahres, durch die nichts erreicht worden ist, 32 Mill. Thaler gekostet haben. (Der Abg. Harkort berechnet in seinem eben mit Beschlag belegten „Bürger- und Bauernbrief" diese Kosten sogar auf 66 Mill. Thaler.) Es lag nun aber ein eigenthümliches Zusammentreffen darin, daß ganz gleichzeitig mit dieser Regierungs-Vorlage auch bereits das anticipirte Verwerfungs-Votum der Kammer darüber zur Vertheilung kam. Bekanntlich beabsichtigt die Regierung, die noch nachgeforderten 14 Mill. so zu decken, daß sie außer 4 Millionen aus den baaren Beständen des Staatsschatzes die Bestände der Darlehnskassen bis auf Höhe von 10 Millionen Thalern dazu entnimmt. Die Finanz-Kommission hat aber nach dem eben vertheilten Kommissionsberichte mit der eklatanten Majorität von 17 gegen 3 Stimmen beschlossen, die Darlehnskassen noch bis zum 31. Dezbr. 1852 fortbestehen zu lassen, und ferner mit derselben Majorität verlangt, daß bis zum gleichen Zeitpunkt und nach Maßgabe der verfügbar werdenden Bestände alle jetzt umlaufenden Darlehns-Kassenscheine wieder eingezogen und vernichtet werden, hat also jede Vermehrung der unverzinslichen Staatsschuld in dieser Weise abgelehnt, und hiermit den jetzigen neuen Gesetz-Entwurf der Regierung schon im Voraus verworfen.

Nachdem nunmehr von der Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme des „Bürger- und Bauernbriefes" des Abg. Harkort bestätigt worden ist, wird, wie verlautet, unverzüglich ein Antrag bei der zweiten Kammer eingebracht werden, um die Autorisation zur gerichtlichen Verfolgung des Verfassers einzuholen. Herr Harkort soll diese Verfolgung selber wünschen, da er in seiner Broschüre, fern von allen Raisonnements, einfach die Thatsachen habe sprechen lassen, ihm also nichts erwünschter sein könne, als die Richtigkeit dieser Thatsachen vor öffentlichem Gericht nachzuweisen. Es ist einer der bezeichnendsten Umstände für den Gang unserer Politik, daß es nach der ersten Kammer-Auflösung im Jahre 1849 derselbe Abg. Harkort war, der in einer **Reihenfolge solcher Bürger- und Bauernbriefe, solcher Ansprachen an das Volk, die in vielen tausend Exemplaren auf Kosten der Regierung gedruckt und durch das Land verbreitet wurden,** als einer der Führer der konservativen Partei dieselben Lehren und Grundsätze verfocht, wegen deren er im Augenblicke in Anklagezustand versetzt wird. Denn seine gegenwärtige Broschüre ist eben auch nur eine ganz im volksthümlichen Tone gehaltene Darlegung von Thatsachen, die, ausgehend von einem Say'schen Ausspruche über die häufige Verschiedenartigkeit der Interessen derer, die die Staatssteuern zahlen, und derer, die sie verwenden, den Geldpunkt der neuesten Politik vornehmlich ins Auge faßt.

Der Premier-Minister v. Manteuffel steht soeben wegen Ankaufs der Herrschaft Obra in der Provinz Posen in Unterhandlung. Ursprünglich war Herr v. Manteuffel, von einem kleinen väterlichen Gute in der Lausitz abgesehen, ohne Vermögen.

Herr v. Minutoli, bekannt als Berliner Polizei-Präsident aus der Zeit der März-Revolution, ist definitiv zum preußischen General-Konsul für die pyrenäische Halbinsel ernannt und damit einer seiner sehnlichsten Wünsche erfüllt. Gleichzeitig hat der preußische Gesandte in Madrid, Graf Raczynski, einen mehrmonatlichen Urlaub erhalten, mit dem er schon in den nächsten Tagen hier eintrifft. Man zweifelt, daß er noch auf seinen Posten überhaupt zurückkehren werde.

Der Justiz-Minister soll sich damit einverstanden erklärt haben, daß der Strafgesetz-Entwurf, da von der Kommission nirgends prinzipielle Aenderungen vorgenommen worden sind, in der aus den Kommissions-Berathungen hervorgegangenen Fassung en bloc angenommen werde. Bekanntlich zählt der Entwurf 321 Paragraphen, und es würde bei der außerordentlich großen Zahl der den gegenwärtigen Kammern noch zur Erledigung vorliegenden Gegenstände anderenfalls eine ins Einzelne gehende Berathung dieses Entwurfs wahrscheinlich unmöglich geworden sein, während dessen endliche Einführung ins Leben doch einem sehr dringenden Bedürfnisse abhilft.

Ich höre, daß statt des auf seinen Posten als kommandirender General des zweiten Armeekorps nach Stettin zurückkehrenden General-Lieutenants v. Grabow der bekannte General v. Schreckenstein mit dem Oberkommando des mobilen preußischen Korps an der holsteinschen Grenze wird betraut werden.

Die Verwerfung des neuen Preßgesetzes in seinen wesentlichsten Theilen (den Strafbestimmungen ꝛc.) durch die Kommission der ersten Kammer wird immer wahrscheinlicher.

** **Berlin,** 6. März. [Rechtspflege.] Der Staats-Minister Uhden geht bestimmt zum 10. d. M. als preußischer Civil-Kommissar nach Kassel. Seine Stelle als Chef-Präsident des Appellations-Gerichts zu Breslau wird er resigniren. Als seinen Nachfolger in diesem seinem Amte bezeichnet man den geheimen Ober-Justizrath Baumeister hierselbst. — Trotzdem sämmtliche Gerichts-Deputationen aufgehoben sind, so ist man doch an oberster Stelle zu der Ueberzeugung gelangt, wie sehr es Noth thut, die Zahl der Stellen der Gerichts-Kommissarien oder Einzelrichter zu vermehren, um in dem bei uns so wichtigen Theile der Justizpflege, in Vormundschafts-, Nachlaß- und Hypotheken-Sachen, den Richter dem Publikum zugänglicher zu machen und diesem so in etwas die Last zu verringern, welche durch die Bildung der Kreis-Gerichte den vom Sitze desselben entfernt wohnenden Gerichts-Insassen aufgebürdet ist. — Sicher ist wohl, daß die Bildung mehrerer Collegial-Gerichte von je drei bis vier Mitgliedern, nach dem Vorschlage des Abgeordneten Chef-Präsidenten Wenzel, beim Publikum weit mehr Anklang gefunden haben, für die Rechtspflege ersprießlicher gewesen, und dem Staate bei Weitem nicht so theuer zu stehen gekommen sein würde, als die Kreisgerichte mit ihren je zwei Abtheilungen. Man hofft für die kleinern, von sieben und weniger Mitgliedern, den Fortfall dieser Abtheilungen, weil sie bei solchen kleinen Gerichten als etwas Gesuchtes und Abnormes erscheinen, und der Rechts-Kultur wahrlich nicht förderlich sind.

Berlin, 6. März. [Tagesbericht.] In unserm Mittwoch-Blatte haben wir nach dem „Journal des Débats" die Antwort mitgetheilt, welche der Fürst Schwarzenberg auf den französischen Protest wider den Gesammteintritt Oesterreichs in den deutschen Bund gegeben hat; heute findet sich die N. Pr. Z. in der Lage, die Antwort mitzutheilen, welche nach einer ihr von zuverlässiger Hand zugegangenen Depesche die preußische Regierung auf die Mittheilung jenes Protestes durch den französischen Gesandten diesem gegeben hat: **„Die preußische Regierung erachte den Gesammteintritt Oesterreichs in den deutschen Bund für eine innere Angelegenheit des Bundes, und da der Bund unbestritten mündig sei, so liege es ihm auch ob, seine eigenen Angelegenheiten selber zu ordnen und fremde Einmischung zurückzuweisen."**

Dem Vernehmen nach ist eine neue Pariser Drohnote in Wien eingetroffen.

Die von uns neulich erwähnte preußische Depesche an das Wiener Kabinet, betreffend die diesseitigen neuen Vorschläge für die Rekonstruirung des deutschen Bundes, soll, so schreibt die N. Pr. Ztg., daselbst eben keine freundliche Aufnahme gefunden haben. Die Antwort darauf soll erst in einigen Tagen abgehen. (Die Antwort ist bereits in Berlin eingetroffen. — s. die telegr. Depesche der gestr. Bresl. Ztg. — Red.) Es hat übrigens ganz den Anschein, als werden die Konferenzen in Dresden nicht sogleich nach Ablauf der bei der Vertagung derselben ausgesprochenen Präklusivfrist von 14 Tagen wieder aufgenommen werden. Es dürfte dies wohl erst der Fall sein, wenn Preußen und Oesterreich sich über gewisse obschwebende Fragen geeinigt haben werden.

Die erste Kammer wird wahrscheinlich vor Montag keine öffentliche Sitzung mehr haben und auch dann dürften nur Gegenstände von untergeordneter Wichtigkeit zur Berathung kommen. Zu der Sonnabendsitzung der zweiten Kammer, in welcher der Vincke'sche Antrag auf der Tagesordnung steht, ist der Andrang des Publikums so groß, daß bereits keine Meldungen um Eintrittskarten mehr angenommen werden können.

Man hat auf dem letzten Hofball die Bemerkung gemacht, daß, etwa 15 bis 16 Abgeordnete, meistens Polen, ausgenommen, von den Mitgliedern der Kammern die Anlegung der ständischen Uniform geflissentlich vermieden war: Graf Schwerin erschien in der Landraths-Uniform, Hr. v. Auerswald in der Uniform der Johanniterritter, andere in Landwehr- oder Armee-Uniform. Es heißt, daß in der künftigen Session besondere Bestimmungen über den Anzug erlassen werden sollen, in welchem die Mitglieder beider Kammern bei feierlichen Gelegenheiten und speziell bei Hoffesten zu erscheinen haben, und wir hoffen, daß man sich der Einsicht nicht verschließen wird, daß die Würde einer Volksvertretung durch irgend eine Uniformsspielerei nicht gehoben werden kann.

Die Voss. Ztg. vernimmt, daß die Deutsche Reform als besonderes Blatt zu Ostern eingehen und mit dem alsdann zu erweiternden Staats-Anzeiger vereinigt werden wird. Man probirt es in jeder Manier und wird endlich doch einsehen, daß es mit dieser Politik in keiner Manier geht. Die Ersparnisse würden allerdings nicht unbedeutend, aber doch kaum genügend sein, den Aufwand zu bestreiten, welchen die Broschüren-Literatur des Ministeriums Manteuffel in Anspruch nimmt.

Ebenfalls die Voss. Ztg. berichtet, daß die General-Intendantur der königl. Schauspiele mit dem nächsten Herbste wieder in die Hände des Grafen Redern übergeht; Hr. v. Küstner würde sich mit einer Pension von 2000 Thlr. zurückziehen — zurückgezogen werden, wäre wohl richtiger.

Von Paris ist der französische Kabinets-Courier Dufot hier eingetroffen.

Die konstitutionelle Fraktion der zweiten Kammer, der eine ansehnliche Zahl von gleichgesinnten Abgeordneten der ersten sich zugesellt hatte, war gestern zu einem gemeinschaftlichen Mittagsessen in ihrem gewöhnlichen Versammlungs-Lokal vereinigt. Von den vielen theils ernsten, theil heiteren Toasten und Reden, welche im Laufe des Mahles gehalten wurden, erwähnen wir den des Hrn. v. Beckerath auf „die Zukunft des Vaterlandes, an der die konstitutionelle Partei, wenn auch ihre Hoffnungen einmal sich zerschlagen hätten, so wenig verzweifeln dürfe, wie der Sämann, dem ein Hagelschlag die Aecker verwüstet, sich dadurch entmuthigen lasse, immer von Neuem denselben Boden zu bebauen", ein von Hrn. v. Vincke ausgebrachtes Hoch auf Beseler, das Mitglied der schleswig-halsteinischen Statthalterschaft, der von dem so standhaft und ruhmvoll vertheidigten Vorposten deutscher Nationalität und Ehre, nach dem deutschen Vaterlande sich zurückgezogen, das seine tapferen Vorkämpfer so schlecht unterstützt habe." Eine Anregung Seitens v. Vincke's veranlaßte Hrn. Simson, der deutschen Nationalversammlung in geistvollen und eindrucksvollen Worten zu gedenken. Den Schluß bildete ein Trinkspruch des Herrn v. Saucken-Tarputschen auf den Mann, den er nicht zu nennen brauche, den aber Alle kennten, den Mann von reinstem Patriotismus, höchster Selbstverläugnung, edelstem Streben — Heinrich v. Gagern. (C. Z.)

Seitens des evangelischen Ober-Kirchenraths soll dringend befürwortet sein, daß noch den gegenwärtig versammelten Kammern ein Gesetz zur Regelung der Angelegenheit der Civilstands-Register vorgelegt werden möge.

Deutschland.

Frankfurt, 3. März. Baron Bülow, der Vertreter Dänemarks bei den Dresdener Konferenzen, ist seit gestern hier anwesend, wird aber in wenigen Tagen nach Dresden zurückkehren. Auch der hiesige Aufenthalt des frankfurter Bevollmächtigten in Dresden, Syndikus Harnier, wird nur von kurzer Dauer sein, da derselbe noch vor Wiedereröffnung der Konferenzen wieder in Dresden einzutreffen gedenkt. (K. Z.)

Man schreibt der „D. A. Z." aus Thüringen vom 3. März: An unsern Höfen bemerkt man jetzt österreichische Emissäre, welche sich alle Mühe geben, unsern Fürsten die Nothwendigkeit der raschen Einsetzung einer starken Bundes-Exekutivgewalt vorzustellen und sie zu bestimmen, gleich Braunschweig, Nassau und den beiden Hessen den österr. Vorschlägen beizustimmen. Ein Gleiches geschieht von Seiten der russischen Diplomatie, und es wäre wahrlich ein Wunder, wenn Beides ohne Erfolg bliebe. Vom Herzog von Koburg-Gotha will man bereits wissen, daß er sich jetzt Oesterreich zuneige.

Kassel, 4. März. [Tagesneuigkeiten.] Das hessische Militär befindet sich gegenwärtig fast überall wieder in seinen früheren Quartieren und die seither noch in der Nähe von Hanau stationirt gewesenen Abtheilungen Artillerie nebst dem Schützen-Bataillon haben gestern den Marsch hierher angetreten. Die Angelegenheit der Herstellung des im Frühjahre 1848 aufgelösten Garde-dü-Corps-Regiments scheint endlich erledigt. Der Bundes-Civil-Kommissar soll seine Inhibition, welche den souveränen Kurfürsten so in Harnisch brachte, daß er bereits davon sprach, eine Schwadron schwere Reiterei als Leibwache auf eigene Kosten, d. h. aus dem Hausschatze zu bilden und zu unterhalten, dahin nachgegeben haben, daß er in die Wiederherstellung einer Schwadron von 75 Mann lediglich als Leibwache zugestanden hat, und die Vorbereitungen dazu werden jetzt eifrig betrieben, damit die Wiederkehr des 10. April, wo im Jahr 1848 die bekannten Garde-dü-Corps-Excesse vorfielen, durch Wiederaufrichtung dieses Corps würdig gefeiert werden kann; der vor Kurzem zum Lieutenant ernannte Sohn des Kufürsten geht einstweilen schon in der Uniform spaziren. Es mag bei dieser Gelegenheit noch bemerkt werden, daß seit dem 1. März auch die im Jahre 1848 abgeschafften Kirchen-Paraden wieder eingeführt sind. Nach einem noch unverbürgten Gerüchte ist Hr. Hassenpflug in den österreichischen Freiherrenstand erhoben worden. Man ist übrigens gespannt darauf, ob nicht der bleibende Ständeausschuß gegen ihn wegen unterlassener Einberufung der Ständeversammlung beim Staats-Gerichtshofe Anklage erheben wird, da es gegenwärtig sichergestellt sein soll, daß Graf Leiningen nur auf das wiederholte Andringen des Ministers sich entschlossen habe, jene Einberufung von Bundeswegen zu inhibiren. (Const. Z.)

München, 3. März. [Tagesneuigkeiten.] Man behauptet mit großer Bestimmtheit, daß schon im nächsten Monat ein baiersches Truppenkorps im Südwesten des Landes an der Schweizergrenze zusammengezogen werden würde. Es scheint, die noch frischen Lorbeern in Hessen lassen Baiern nicht ruhen. Besondere Erwähnung mag es übrigens verdienen, daß der in schleswig-holsteinischen Diensten gestandene frühere baiersche Lieutenant Hofnaas mit seinem früheren Range „aus allerhöchster Gnade Sr. Majestät" in das 2. Artillerie-Regiment wieder eingetreten ist. Die offizielle N. M. Z. erklärt in Bezug auf eine Aufsehen erregende Flugschrift: „die Politik der baierschen Staats-Regierung", daß die Regierung in keiner Weise von der Abfassung derselben Kenntniß gehabt oder gar dabei betheiligt gewesen, und daß sie eben so wenig die stattgefundene Mittheilung derselben an die Mitglieder der beiden Kammern veranlaßt habe. — König Ludwig ist auf der Straße ausgeglitten und hat sich am Knie so beschädigt, daß er nach Hause gefahren werden mußte; die Verletzung ist indeß nicht gefährlich. Heute, am Fastnachtsmontag, hat der altberühmte „Metzgersprung" stattgefunden.

△ **München,** 4. März. [Sebstverstümmelungen der Konskribirten. — Die Kammern.] Die ärztlichen Visitationen an den aufgerufenen Jünglingen bei der diesjährigen Konskription im Regierungsbezirke der Pfalz, haben zu dem traurigen Resultate geführt, daß sich eine große Anzahl der Konskribirten durch Abschneiden der Finger- und Nägelglieder verstümmelt hat, um in das Militär nicht eingereiht zu werden. Das Kriegsministerium hat, um diesen Uebelstand für die Zukunft abzustellen, ein Gutachten von sämmtlichen Militär-Sanitätsbehörden abverlangt, worin ausführlich beantwortet werden soll, ob diese Selbstverstümmler nicht zu irgend einer militärischen Dienstverrichtung verwendet werden können. Dieses Gutachten darf nicht auf Grund der bestehenden Instruktionen für das ärztliche und wundärztliche Personal, sondern rein nur unter Würdigung des militärischen Standpunktes abgefaßt werden. — Die beiden Kammern sind in ihren Verrichtungen ziemlich lau; die erste Kammer hielt noch gar keine Sitzung, die zweite hat seit ihres vierwöchentlichen Beisammenseins die Geschäftsordnung und weiter nichts erledigt.

Dresden, 5. März. [Kammer-Verhandlungen.] Gestern gelangte die zweite Kammer nach achttägiger Debatte endlich zur Abstimmung über das Ganze des von der Regierung vorgelegten revidirten Verfassungs-Entwurfes. Es stimmten 37 Mitglieder für, 23 gegen denselben, und da bei Verfassungsänderungen eine Majorität von zwei Dritteln nöthig ist, so ist hiermit schließlich die ganze Vorlage verworfen, und es bleibt zunächst einfach bei der vormärzlichen Charte. Man wird sich erinnern, daß als Hauptzweck für die Berufung der alten Stände die Nothwendigkeit geltend gemacht wurde, ein definitives Wahlgesetz zu Stande zu bringen, das angeblich von den letzten Kammern nicht zu erlangen gewesen war. Der angegebene Zweck der Wiederberufung der alten Stände ist mithin gänzlich verfehlt worden, obwohl freilich Sachsen denselben andere wesentliche Errungenschaften verdankt, welche anscheinend bei jenem Schritte noch nicht in Aussicht genommen waren.

Hannover, 5. März, [Verhandlungen der ersten Kammer über die deutsche Frage.] Ministerpräsident v. Münchhausen: Bezüglich des Schreibens der Regierung über die deutschen Angelegenheiten, welches jetzt zur Berathung stehe, habe er früher die Ansicht gehabt, daß es sich zur Verweisung an eine Kommission, welcher die Regierung einige weitere vertrauliche Mittheilungen zu geben beabsichtigt, eigne; nach dem Beschlusse, welcher gestern in der zweiten Kammer gefaßt sei, das Schreiben lediglich ad acta zu nehmen, sei er von seiner bisherigen Ansicht zurückgekommen, und wünsche, daß dieses Haus einen gleichen Beschluß fassen möge. Eine Einmischung der Stände in Fragen der auswärtigen Politik, eine Berathung solcher Fragen in den Ständen überhaupt habe immer Bedenklichkeiten. Die daraus hervorgehenden Resultate, die etwaigen Majoritätsbeschlüsse würden besonders in solchen Angelegenheiten, welche noch unerledigt und in der Schwebe seien, leicht zu Nachtheilen führen und ein Schwanken in der auswärtigen Politik zur Folge haben können, welche, wie es bei gewissen Regierungen wahrzunehmen sei, nur zur größten Benachtheilung der Würde, des Ansehens und der Kraft derselben führen müsse. Die äußere Politik eines Staates, welche mit dessen inneren Einrichtungen, dessen intellektuellen und materiellen Bedürfnissen im Einklang stehen müsse, habe sich vor Allem vor solchen Schwankungen zu wahren, und daher setze er die Aufgabe der Stände in Fragen der auswärtigen Politik sowohl im Allgemeinen, als auch im vorliegenden Falle darein, daß dieselben zu prufen hätten erstens, ob das Auftreten der Regierung mit den inneren Eiurichtungen des Staats im Einklang stehe, und ferner, ob durch die Art der Vertretung der inneren Interessen des Landes nach Außen das Ansehen und und die Würde der Regierung und damit des Landes gestärkt oder gemindert sei. In dem Beschlusse zweiter Kammer, das Schreiben ad acta zu nehmen, finde nun die Regierung die Erklärung der Stände, daß von ihnen Beschwerden gegen die Regierung nicht zu erheben seien, und könne sie deshalb solchen Beschluß auch in diesem Hause nur für wünschenswerth halten. — Was den Inhalt des Schreibens selber betreffe, so sei die Grundlage des gesammten Verfahrens der Regierung das Bundesrecht und die Anerkennung des Bundestages. Freilich sei die letztere nicht von der gegenwärtigen, sondern von der vorigen Regierung ausgegangen, allein die gegenwärtige Regierung trage kein Bedenken, die volle Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen, da unter den damaligen politischen Verhältnissen alle die übrigen Versuche, zu geordneten und sicheren Zuständen zurückzukehren, gescheiert seien, und die Regierung die Betheiligung ausdrücklich an die Bevorwortung geknüpft habe, daß sie zu den früheren Bundeszuständen, als einem Definitivum, nicht damit zurückkehren wolle. — Auch für das Verfahren der Regierung in der hessischen Angelegenheit trage sie kein Bedenken, die volle Verantwortung zu übernehmen. Die Konzentration von Truppen an der Grenze sei nicht allein zum Zweck der Sicherstellung des eigenen Landes, sondern auch zur Herstellung der Ruhe und Ordnungn in einem bundesgenossenschaftlichen Lande erforderlich gewesen, und sei, sobald die Nothwendigkett weggefallen sei, sofort eingestellt. — Was den Beschluß der Bundesversammlung vom 21. September v. J. betreffe, welcher die Intervention hervorgerufen habe, so sei derselbe zwar ohne Zustimmung der diesseitigen Regierung, dessenungeachtet aber formell gültig gefaßt: es habe aber die Regierung von dem im Bundesrechte ihr offen gehaltenen Wege der Remonstration gegen diesen Beschluß, insbesondere aber gegen die Wiedergültigerklärung der Ausnahmebeschlüsse des Bundes, den erforderlichen Gebrauch gemacht. — Die holsteinische Frage habe zu mannichfachen unerwünschten Verwickelungen geführt, die zum Theil ihren Grund in völkerrechtlichen Verhältnissen gehabt hätten, wie man daraus sehen könne, daß sogar die siegreichen deutschen Waffen das gewünschte Ende nicht hätten herbeiführen können. Es habe daher Frieden geschlossen werden müssen. Diesem Frieden und der Ausführung desselben sei die Regierung nicht entgegengetreten, da sie die bündigsten Zusicherungen erhalten habe, daß die wirklichen Rechte der Herzogthümer, so wie der Inhalt des Bundesbeschlusses vom September 1846 gewahrt werden sollten. Das Nachbarland sei nicht ohne Verschuldung Deutschlands zu einer Uebertreibung seiner Rechte gelangt; um den Frieden auf Grundlage der wirklichen Rechte der Herzogthümer herzustellen, habe die Regierung einen Bundeskommissar ernannt und demselben die erforderlichen Instruktionen ertheilt, auch habe sie die Befriedigung, diese ihre Schritte und Instruktionen von den übrigen Mächten beistimmend gewürdigt zu sehen. — Auf den Dresdener Konferenzen befolge die Regierung eine gleiche Politik, jedoch könne über die dortigen Verhandlungen keine Mittheilung gemacht werden, zumal da dort noch nichts Definitives beschlossen sei. Sie gebe sich auch der entschiedenen Ueberzeugung hin, daß, so lange der Boden des Rechtes im Innern wie im Aeußern von der Regierung im Einverständnisse mit der Ständeversammlung gewahrt werde, Angriffe auf die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Landes, möchten dieselben herkommen, wo sie wollten, nicht gefürchtet zu werden brauchten, und so lange auch die materiellen und intellecktuellen Interessen des Landes würden zur Geltung gebracht werden können.

Schatzrath v. Bothmer: In seiner Stellung als Mitglied des Schatzkollegiums habe er eine besondere Veranlassung, sich in der vorliegenden Frage zu äußern. Das Schatzkollegium habe in Folge des Bundesbeschlusses vom 21. September v. J. sich veranlaßt gesehen, eine verwahrende Erklärung an die Regierung abzulassen. Er hätte gewünscht, daß das darüber an die Ständeversammlung gerichtete Schreiben des Schatzkollegiums wegen seines nahen Zusammenhangs gleichzeitig auf die Tagesordnung gesetzt wäre; da dies nicht geschehen sei, so richte er die Anfrage an das Präsidium, ob dasselbe das Schreiben überall auf die Tagesordnung zu setzen oder unberücksichtigt zu lassen beabsichtige?

Präsident Gr. Bennigsen: Es herrscht über die formelle Behandlung dieses Schreibens ein Zweifel bei den Präsidenten beider Kammern; sobald dieser gelöst sei, werde er es auf die Tagesordnung setzen.

Schatzrath v. Bothmer: Für eine deutsche Stände-Versammlung sei eine Aeußerung in der vorliegenden Frage der äußern Politik mit besonderen Bedenklichkeiten verknüpft; denn wenn gleich in konstitutionellen Staaten der Stände-Versammlung ein Einfluß auf die auswärtige Politik zustehen müsse, so seien doch derartige Verhandlungen um so fruchtloser und nutzloser, als den Beschlüssen der Stände in kleinen Staaten die materiellen Kräfte nicht zur Seite ständen, welche den Anforderungen der Kammer den erforderlichen Nachdruck verschafften. Aus diesem Grunde sei auch die hannoversche Stände-Versammlung in die übele Lage gebracht, über abgethane Dinge eine Kritik zu liefern. Diese Aufgabe könnten aber die Kammern auch in diesem Falle nicht lösen, da ihnen das genügende Material zur Beurtheilung nicht vorliege. Uebrigens solle dies keinen Vorwurf für die Regierung begründen, da er annehmen müsse, daß dieselbe zur Vorlegung des erforderlichen Materials außer Stande sei. — Er wolle es unterlassen, gegen die jetzige Regierung Beschwerdepunkte geltend zu machen, da er nicht einsehen könne, wie dieselbe mit Recht für das verantwortlich gemacht werden könnte, dessen Urheberin sie nicht sei; ihre Erklärung, dazu bereit zu sein, könne ihr mit Effekt eine derartige eigene Verantwortlichkeit nicht zuwälzen; anders würde er handeln, wenn die abgetretene Regierung noch am Ruder stände. Was die jetzt befolgte Politik der Regierung in Dresden betreffe, so beruhige ihn der betreffende Passus des Regierungs-Schreibens vollständig, und in dieser Beziehung billige er das Verhalten derselben vollkommen. — Was den Wunsch der Regierung betreffe, das Schreiben ad acta genommen zu sehen, so könne er, da sie in einem solchen Beschlusse eine allgemeine Billigung ihres Verfahrens finde, demselben nicht beitreten, da er die übrige Handlungsweise derselben, wie schon bemerkt, nicht übersehen könne; noch viel mehr aber widerstrebe er einem solchen Beschlusse, nachdem in der gestrigen Verhandlung der zweiten Kammer von der äußersten Linken solche Motive für diesen Beschluß gehört seien, daß er jeden Verdacht, irgend daran Theil nehmen zu wollen, mit Entschiedenheit von sich abweisen müsse. Solche Worte, wie sie gestern in der zweiten Kammer gesprochen, seien gewiß lange in keiner deutschen Stände-Versammlung gehört worden. Man habe dort förmlich die rothe Republik, die Revolution gepredigt, und er könne nur sein innigstes Bedauern darüber aussprechen, daß die Regierung nicht auf irgend eine Weise dagegen eingeschritten wäre. Was endlich die erwähnte Verwahrung des Schatz-Kollegiums gegen den Bundesbeschluß vom 21. Septbr. v. J. und die Intervention in Hessen betreffe, so glaube er in letzterer Beziehung die Schuld beiden Theilen zuschieben zu müssen; in ersterer Beziehung bemerke er, daß das Schatzkolleg in der Wiedererweckung der aufgehobenen Ausnahmebeschlüsse die Möglichkeit einer Gefährdung unserer Verfassung habe entdecken müssen, zumal die Annahme nothwendig gewesen sei, daß die diesseitige Regierung jenen Beschlüssen beigestimmt habe. Er sei nun freilich über diesen Punkt beruhigt, da der Ministerpräsident das Gegentheil erklärt habe, und überdies nicht von Frankfurt aus, sondern von Dresden aus das Schicksal der Länder bestimmt würde; aber das Schatzkolleg müsse doch wünschen, sein Verfahren in dieser Angelegenheit beurtheilt zu sehen, um entweder in ähnlichen Fällen von derartigen Schritten fern gehalten, oder in seinen Bestrebungen für Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte bestärkt zu werden.

Vice-Präsident Hausmann: Die letztangeregte Frage liege hier nicht vor. Er habe eigentlich die Niedersetzung einer Kommission gewünscht, nach dem Beschlusse der zweiten Kammer und der Erklärung der Regierung stimme er für einfache Tagesordnung, nicht weil er die beregten Motive der Mitglieder der äußersten Linken der zweiten Kammer theile, sondern weil er in dem Beschlusse des Hauses, das Schreiben ad acta zu nehmen, die Erklärung finde, daß Stände keinen Grund zu einer Beschwerde hätten. Der Redner stellt daher den Antrag: das Schreiben zu den Akten zu nehmen.

Kraut: Mit dem Antrage des Vice-Präsidenten sei er keineswegs einverstanden. Es sei Brauch in konstitutionellen Staaten, daß den Ständen die Aktenstücke über in das Gebiet der äußern Politik schlagende Ereignisse mitgetheilt würden. An der Beobachtung dieses Gebrauchs müsse namentlich auch diesmal den Ständen gelegen sein. Ihn

interessirten besonders die Dokumente über den Bundesbeschluß vom 21. September 1848, und die Instruktion, welche unser Gesandter damals erhalten habe. Es existiren bekanntlich mancherlei Gerüchte über diese Angelegenheit; mindestens aber könnte doch das Protokoll über jene Sitzung mitgetheilt werden. Dasselbe, wie es in öffentlichen Blättern mitgetheilt sei, besage, daß sämmtliche Regierungsbevollmächtigte dem Beschlusse beigestimmt hätten und doch erkläre der Minister-Präsident, daß die diesseitige Regierung ihre Zustimmung nicht ertheilt habe. Wie dieser Widerspruch zu lösen sei? — Außerdem sei auch jener Beschluß der Intervention in Hessen ein durchaus verfassungswidriger; da eine Bundesintervention nach Bundesrecht nicht eher beschlossen werden könnte, als bis alle übrigen Versuche, namentlich die Anrufung des Bundesschiedsgerichts, vergeblich angestellt seien; von diesen nothwendigen Vorbedingungen der Intervention sei aber im Publikum nichts bekannt geworden; die Stände hätten ein wesentliches Interesse daran, den Zusammenhang dieser Verhältnisse zu erfahren. — Man habe den Ständen die Einmischung in die auswärtige Politik als bedenklich geschildert, allein die deutschen Verhältnisse seien keine auswärtige, die Ordnung der deutschen Angelegenheit berühre unsere partikulären Verhältnisse und Verfassungen auf das Wesentlichste. — Jener Antrag des Vicepräsidenten scheine ihm für die Regierung und für die Stände gleich gefährlich zu sein. Für die Stände, da das Land auf deren Ausspruch harre, und ein Schweigen derselben eine moralische Niederlage sei, wie denn schon ein gemeines Sprichwort die Nothwendigkeit, daß die Stände über die wichtigste aller Angelegenheiten reden müßten, mit den Worten bezeichne: „weß das Herz voll ist, deß geht der Mund über"; für die Regierung aber, da dieselbe, wenn ihre einzelnen Handlungen und Thaten von der Ständeversammlung ungeprüft blieben, nicht in die Lage gebracht werde, sich das Vertrauen im Lande zu erwerben, welches sie seiner, des Redners Meinung nach, verdienen werde.

v. Exterde: Gegen den Antrag Hausmanns, da er jetzt noch keine Billigung des Verfahrens der Regierung aussprechen könne; auch gegen die Niedersetzung einer Kommission, da die Ständeversammlung dann nicht mit ihren eigenen Augen, sondern nur durch die Augen der Kommission sehen könne. Er stelle den Antrag:

In Erwägung,
daß die königliche Regierung erklärt hat, nicht in der Lage zu sein, der allgemeinen Ständeversammlung die Aktenstücke mitzutheilen, welche ein selbstständiges Urtheil der Kammer über die einzelnen Handlungen der Regierung in den deutschen Angelegenheiten begründen können,
daß Stände sich um so weniger in der Lage befinden, die Handlungen der Regierung in ihren einzelnen Beziehungen beistimmend würdigen zu können,
beschließt die Kammer:
das Schreiben der Regierung, die deutschen Angelegenheiten betreffend, einstweilen von der Tagesordnung zu entfernen, um demnächst darauf zurückzukommen.

Für den Exterde'schen Antrag stimmen 34, gegen denselben stimmen 21 Mitglieder. (H. Bl.)

Oldenburg, 4. März. [Berathung wegen der Dresdener Konferenzen.] Oberst Mosle ist gestern von Berlin hier eingetroffen, ohne Zweifel, um den Ministerberathungen wegen der nächstens in Dresden abzugebenden schlüssigen Erklärung beizuwohnen. Auch der Ministerialvorstand v. Eisendecher hat die in Dresden gewonnene Frist benutzt, um sich persönlich mit seiner Regierung zu besprechen. Derselbe wird übermorgen nach Dresden wieder zurückkehren. Daß die hiesige Regierung im Allgemeinen an der Politik und den Interessen der norddeutschen Staaten gegen die österreichischen Absichten festhalten wird, ist als gewiß anzunehmen. Näheres verlautet darüber nichts. (Weser-Z.)

Lübeck, 4. März. Aus zuverlässiger Quelle können wir heute mittheilen, daß uns künftigen Sonnabend (den 8. März) zwei Bataillone der hier liegenden k. k. österreichischen Truppen verlassen werden. Dieselben sollen, wie uns versichert wird, in Holstein einrücken und werden vorerst die Städte Oldesloe und Segeberg nebst den umliegenden Ortschaften besetzen. (L. Z..

Ratzeburg, 4. März. Sie hiesigen Chevauxlegers werden morgen früh nicht über Schwarzenbeck, sondern durch das Amt Steinhorst ins Holsteinsche rücken, um sich über Ahrensboek nach Plön und Eutin zu ziehen. Die Feldbäckerei ist, dem Vernehmen nach, bereits von Wittenburg durch das Lübische Gebiet gekommen. Hier wird vorerst keine Einquartierung erwartet. (H. C.)

Oesterreich.

N. B. **Wien**, 6. März. [Tagesbericht.] Wie aus Berlin geschrieben wird, gab daselbst die sistirte Abreise des Grafen Arnim zu manigfachen Konjunkturen und Deutungen Anlaß. Da Graf Arnim dazu ausersehen war, die Streitfrage zwischen Oesterreich und Preußen in Wien unmittelbar mit dem Fürsten Schwarzenberg zu verhandeln, so verbreitete sich durch die Verzögerung der Reise das Gerücht, die preußische Regierung solle den Entschluß gefaßt haben, auf keine weiteren Unterhandlungen über die Konstituirung Deutschlands einzugehen, so lange sie nicht die verlangte Konzessionen in der Präsidialfrage erhalten habe. Der österreichische Ministerpräsident soll in Dresden auf die Interpellation des Bevollmächtigten eines kleinen Staates, und zwar in Gegenwart des Herrn von Manteuffel die unzweideutige Erklärung abgegeben haben, daß die österreichische Regierung in keinem Stadium der Verhandlungen die Zusage ertheilte, die ihm vertragsmäßig ausschließlich zustehenden Präsidialrechte in Deutschland mit Preußen zu theilen. Dies setzt um so mehr in Erstaunen, da nach dem Schlusse der Olmützer Konferenzen die Alternirung des Präsidiums zwischen Oesterreich und Preußen als eine der Olmützer Stipulationen bezeichnet, und sogar halboffizielle Andeutungen dies zu bestätigen schienen. — Es wird als bestimmt angesehen, daß die politischen Behörden eine Umgestaltung erfahren. In Bezug auf Mähren erfährt man, daß anstatt der beiden Kreisregierungen, das Land in vier Kreisdirektionen zerfallen soll, unter denen als erste Instanz die Bezirke, und über denen als dritte Instanz eine kollegialisch organisirte Statthalterei stehen soll. — Das Justizministerium hat jetzt die Landesgerichte, wie früher die Generalprokuratoren, aufgefordert, ihr Gutachten darüber abzugeben, wie in vielen Fällen des Strafprozesses schneller vorgegangen und Zeit und Geld erspart werden könnte. Daraus ist auch wahrscheinlich das Gerücht entstanden, die Staatsanwaltschaft und das Schwurgericht würden aufgehoben. — Die Frage wegen Besetzung des erledigten Bisthums von Tarnow ist durch das mittlerweile erfolgte Ableben des Bischofs von Krakau in ein neues Stadium der Lösung getreten. Das Tarnower Bisthum soll nämlich mit dem Krakauer vereinigt, und in Tarnow blos ein General-Vikariat für die von Krakau entlegeneren Kreise bestellt werden. Denn die kirchliche Gewalt des Krakauer Bisthums erstreckte sich in der letzten Zeit blos auf das Gebiet des kleinen Freistaates, da das übrige Territorium dieses großen Bisthums zu Kongreßpolen gehört. — Se. Durchlaucht Kardinal Schwarzenberg, Erzbischof von Prag, ist gestern von Prag hier angekommen.

Italien.

* **Turin**, 1. März. [Die beunruhigenden Gerüchte] in Betreff der österreichischen Drohungen sind durchaus unbegründet: aber man darf daraus noch nicht folgern, daß die gegenwärtige Situation Piemonts ohne Gefahren sei. Die italienische Fahne auf dem Palais der Kammern, die von dem Gouvernement so gewissenhaft respektirte konstitutionelle Freiheit, die gewaltige Verbreitung der Prinzipien der Ehre und Loyalität, welche das Land verpflichten, das Asyl so vieler unglücklicher Verbannten zu werden, — dies sind genug Vorwände für manche Regierungen zur Prätention, die inneren Angelegenheiten dieses Landes regeln zu wollen. Aber so lange die Regierung des Königs von Sardinien sich in der strikten Loyalität hält, ohne sich um das zu bekümmern, was in den andern Ländern vorgeht, wenn es nicht um die eigene Würde zu beschützen geschieht, so lange kann auch keine auswärtige Macht die Unabhängigkeit der Regierung angreifen, wenn die heiligsten Völkerrechte nicht mit Füßen getreten werden sollen.

Im Uebrigen verdient folgende noch nicht genug gewürdigte Bemerkung über die Lage Piemonts in Betracht gezogen zu werden. Piemont ist eines der wenigen Länder auf dem Continent, wo gegenwärtig die beste Harmonie zwischen den Staatsgewalten herrscht, und wo das ganze Volk voll Hingebung und Liebe für die Institutionen ist, die das Land regieren. Die von dem früheren absoluten König oktroyirte Verfassung fungirt mit Regelmäßigkeit und macht das Regieren sogar leicht. Ist es da nicht evident, daß jeder Versuch zur willkührlichen Abänderung dieser Institutionen zunächst zur Schande und sodann zur Revolution führen muß? Niemand vermag die Konsequenzen eines solchen frevelhaften Versuches vorherzusehen, während im Gegentheil die Konsequenzen einer weisen Politik, wie sie von der gegenwärtigen Regierung geübt wird, leicht zu berechnen sind.

Großbritannien.

London, 3. März. [Erklärungen der Minister im Parlament.] Bei Beginn der heutigen Unterhaussitzung wurden wieder eine Masse irischer Petitionen gegen die antikatholische Bill eingebracht. Als darauf die Motion auf zweite Verlesung der katholischen Bill gestellt werden sollte, nahm Lord Russell das Wort: „Ich habe dem Hause nunmehr heut mitzutheilen, was sich ereignet, seitdem ich zuletzt die Ehre hatte es anzusprechen. (Hört!) Seitdem hat Lord Stanley eine Mittheilung gemacht in Betreff seiner Versuche zur Bildung eines Gouvernements und in Betreff der Gründe, durch welche diese Versuche scheiterten. (Hört!) Es ist nicht meine Absicht, Erläuterungen darüber zu geben, allein ich halte es für Recht, insbesondere nach den mancherlei darüber verbreiteten Gerüchten, hier zu erklären, daß es nunmehr vollkommen klar geworden, daß Lord Stanley vollkommene Vollmacht zur Bildung eines Gouvernements erhalten, denn welche Forderungen er zu stellen für angemessen erachtete, wurden ihm gewährt. (Hört!) Als er zuletzt hier sprach, bemerkte ich, daß Ihre Majestät den Herzog von Wellington rufen lassen, um seine Meinung über den jetzigen Zustand des Gouvernements abzugeben. (Hört!) Ihre Majestät sprach den Herzog Wellington Sonnabend, und gestern Abend spät empfing die Königin vom Herzog eine schriftliche Mittheilung, worin derselbe seine Ansicht dahin aussprach, daß der beste Weg, den J. M. einschlagen könne, der wäre, die früheren Minister aufzufordern, ihr Amt wieder zu übernehmen. Es hat J. M. gefallen, so zu handeln, und nachdem was vorgefallen und in Erwägung des Scheiterns der wiederholten Versuche der Opposition ein Gouvernement zu bilden, konnten wir unsere Pflicht gegen Ihre Majestät und das Publikum nicht anders erfüllen, als dadurch, daß wir das Anerbieten annahmen, was J. M. zu machen geruht. (Beifall.) Nachdem ich den letzten Abend so ausführlich in die Gegenstände eingegangen, welche Debatten veranlaßt, und die wahrscheinlich noch viele Erörterungen veranlassen werden, will ich jetzt mich nicht weiter darüber auslassen. (Hört.) Ich erwarte, daß das Haus uns verstatten wird, erst Freitag uns wieder auf die Gegenstände der öffentlichen Debatte wieder einzulassen (Hört), so daß wir mittlerweile Gelegenheit finden, die verschiedenen Maßregeln zu erwägen, die wir in Antrag zu bringen haben, damit die Staatsgeschäfte im Allgemeinen vorangehen können. Freitag würde ich dann den Antrag stellen, mit der geistlichen Titelbill voranzugehen, und dann erklären, welche Amendements wir zu der Bill stellen wollen. (Hört!) Freitag werde ich auch bereit sein, vollkommen mitzutheilen, was wir in Betreff des Budgets zu thun gedenken, und alles weitere, was wir zur Fortführung der Staatsangelegenheiten für angemessen halten. (Hört!) Inzwischen habe ich nur den Antrag zu stellen, daß das Haus die Tagesordnung auf Freitag vertage. — Osborne stellt die Frage, ob dasselbe Budget wieder eingebracht werden solle? Lord Russell beruft sich darauf, daß er Freitag sich darüber äußern würde, und es jetzt für unpassend halte auf diese Frage bestimmt einzugehen. Krogh giebt den Rath, daß man mit der kath. Bill 8—10 Tage noch warte, damit der Staatssekretär des Innern Zeit finde, sich über den Zweck der neuen Bill ausführlicher auszulassen. — Lord Russell hat nichts dagegen, meint aber doch, daß die Zeit bis Freitag Muse genug zur Erwägung lasse. — Gibson erklärt sich von vorne herein dagegen, daß man die zeitraubende katholische Bill dem Budget voranstelle, worunter die allgemeinen Angelegenheiten nur leiden könnten. Alle Parteien wären gegen die Bill, und selbst Lord Stanley habe sich gegen die Spezialgesetzgebung für den vorliegenden Fall ausgesprochen. Aus diesen Motiven erwarte er, daß man den Finanzfragen den Vorrang einräume. — Lord Manners giebt dem edlen Lord die freundliche Versicherung, daß seine Partei dem Gouvernement keine zwecklose und faktiöse Opposition machen würde, bemerkt aber zugleich, daß, würde das Gouvernement nicht unverzüglich eine Maßregel zur Abhülfe der Ackerbaunöthen einbringen, so müsse man jede zu dem Ende vorzubringende Motion unterstützen. Die Herren Reinolds, Wackley und Marquis Granby ließen dann noch einige Bemerkungen folgen, worauf sich das Haus vertagte.

Im Oberhause erhob sich Marquis Lansdowne, um seinerseits den Lords die Mittheilung zu machen, daß die Königin, nach der Vereitelung anderseitiger Versuche ein Kabinet zu bilden, die Minister wiederum aufgefordert habe, ihre Portefeuilles wieder zu übernehmen. Die Königin hätte erst nach reiflicher Erwägung sich zu diesem Schritte entschlossen, und Ihre Maj. die Königin ermächtigte ihn selbst zu der Erklärung, daß sie auf das Urtheil und den Rath des Herzogs Wellington sich dazu bewogen finden; bei dieser Lage der Dinge hätten die Minister der Krone es für ihre Pflicht gehalten, den Wünschen Ihrer Maj. zu entsprechen. Seinerseits könnte er die Bemerkung nicht unterdrücken, wie niemand tiefer, als er bedauere, daß solche Meinungsverschiedenheiten jetzt obwalten, daß es unmöglich gewesen, jetzt eine starke Verwaltung zu bilden. (Hört.) Er wünsche nichts sehnlicher, als eine feste und dauerhafte Verwaltung, gleichviel ob er Theil daran nehme oder nicht. Gelegentlich mehrer für und gegen die katholische Bill dann eingebrachter Petitionen, entspann sich eine Unterredung über diese Frage, in welcher Lord Broughams theilte, daß in dieser Angelegenheit nichts zweckmäßigeres zu thun sei, als daß beide Häuser Resolutionen votirten, welche die Rechte der englischen Krone geltend machten. Ein Pönalmaßregel aber vorzuschlagen, sei Verfolgung. Strafen wollen wegen religiöser Meinungen sei nichts anders als jenen Verfolgungsgeist üben, der vor einigen Jahrhunderten Scheiterhaufen errichtete. Seines Dafürhaltens könne man auf solche Weise nicht der katholischen Kirche wehren, sich in England zu organisiren. Die Sitzung dauert fort.

(*) **London**, 4. März. [Das Ende der Krisis.] **Das Kabinet Russell hat die Leitung der Geschäfte wieder übernommen** *) (s. die Parlamentsdebatte). Sämmtliche Parteien sind übereingekommen, keine gemeinsamen Anstrengungen zum Sturze des Kabinets zu machen. Auf diese Weise wird die Auflösung des Parlaments bis zum Herbste verschoben, und die gefürchtete Influenz auf die große Ausstellung vermieden.

Lord Clarendon trifft heute Abend aus Dublin ein.

Lord Stanley hat erklärt, daß wenn es bei den nächsten Generalwahlen eine dem protektionistischen Systeme feindliche Majorität geben sollte, er die Frage als definitiv zu Gunsten des Freihandels entschieden ansehen würde.

Lord Stanley hat die Krisis benutzt, um eine Art Programm über die Haltung abzugeben, welche seine Partei in den politischen Angelegenheiten befolgen werde. — Er hat bekannt, daß sein Versuch, ein Kabinet zu bilden, daran gescheitert sei, daß die Hauptführer seiner Partei in dem Unterhause keine Erfahrung in den Geschäften hätten. Die einzige Ausnahme in dieser Beziehung macht Hr. Herries, der Schatzkanzler gewesen ist. Herr Disraëli ist ein Mann von eminentem Talent, aber er hat noch nicht bewiesen, daß er administrative Kapazität besitzt. Er ist ein distinguirter Romanschreiber und ein mächtiger Redner. Aber man traut ihm keine Gewandtheit für die Geschäftsführung zu. Lord Stanley hat nicht unterlassen, hervorzuheben, daß seine Partei im Unterhause die Last einer Diskussion gegen Männer zu tragen haben würde, wie Lord Russell, Sir Graham, Gladstone, Cobden und Lord Palmerston. Ein Kabinet Stanley könnte diesen großen Namen nur die HHrn. Disraëli, Herries und den Marquis v. Grenby entgegensetzen. Eine schwache Yacht, welche die Kühnheit hätte, gegen ein Schiff Feuer zu geben, würde ohne Zweifel in den Grund gebohrt werden.

Lord Stanley hat nicht nur die Ursache seines mißlungenen Versuchs angegeben, sondern auch die Politik entwickelt, welche er als Minister befolgt haben würde. Er hätte die Getreideeinfuhr mit einem mäßigen Zoll belegt, und alsdann an einer Reduktion der Einkommensteuer gearbeitet. Die vorgeschlagene Maßregel gegen die „päpstlichen Uebergriffe" verurtheilte er als zu übereilt und leidenschaftlich. Es ist besser, sagte er, keine Gesetze zu machen, als welche von einer so unseligen Wirkung. Er erklärte offen, daß er noch nicht vorbereitet sei, ein Gesetz über diese gefährliche Angelegenheit vorzuschlagen, und daß ein Aufschub von 1 oder 2 Jahren weniger unschädlich sei als eine übereilte Entscheidung des Parlaments.

Die „Times" macht heute folgende Bemerkungen über das Verbleiben des Kabinets Russell: „Welches auch die Ursache des mysteriösen Interregnums gewesen sein mag, das wir so eben erlebt haben, sei es die Motion Locke King oder die Bill über die ekklesiastischen Titel oder gar Herr d'Israëli, die Verhältnisse haben sich im Grunde nicht verändert.

„Die öffentliche Meinung, sagt man, soll ihr Urtheil bis zum Freitag aussetzen. An diesem Tage, scheint es, werden wir eine neue Reise beginnen. Die Welt begann nach der Sündfluth; die Session wird nach der Krisis beginnen. Um uns auf den Punkt zurückzuführen, wo wir uns vor einem Monat befanden, müßten wir das Vergangene vergessen. Können wir nun auch die Herren Locke King und d'Israëli unter die Fossilien rangiren, so können wir es uns doch andrerseits nicht verhehlen, daß Lord John Russell jetzt mehr das Bewußtsein von dem Vertrauen hat, als zu Anfang der Session, und daß sich die Protektionisten, Peeliten, Papisten, Reformisten in demselben Falle befinden.

„Die Minister-Krisis ist von einer außerordentlichen Gefühlsentfaltung begünstigt worden, und einige ihrer Phasen sind wahrhaft rührend gewesen. Wir werden die Schmeicheleien sich wiederholen sehen, aber wie bei den Frauen. Sir James Graham wird Lord J. Russell noch seinen edlen Freund nennen, aber er wird es nicht vergessen, daß sein edler Freund gezwungen gewesen ist, um seine Unterstützung zu bitten. Lord Stanley wird es nicht vergessen, daß Lord Russell von den Protektionisten im Unterhause beinahe gestürzt worden wäre. Herr Locke King und sollte er zehntausend Jahre leben, wird nie vergessen, daß er ein Gouvernement gestürzt hat, und die Katholiken werden nicht vergessen, daß sie die Balance der Parteien in Händen haben und die Minister bei jeder beliebigen Frage schlagen können.

„Aber was wird man Freitag machen? Sämmtliche Maßregeln der Session werden eingebracht werden, und es kann der Fortschritt daraus entstehen, daß Lord John Russell in drei Tagen abfertigen wird, wozu er ohne das Interregnum 6 Monate verlangt hätte."

Die Königin und die königliche Familie begeben sich am 7ten nach der Wight-Insel und verbleiben in Osborne-House 14 Tage.

Am jüngsten Sonnabend wurde von der Elite der Londoner Gesellschaft dem englischen Schauspieler Macready zu Ehren ein Bankett von 600 Couverts gegeben. Sir E. Bulwer präsidirte, an seiner Seite befand sich der preußische Gesandte, Ritter Bunsen. Nach dem Toaste auf die Königin und die königliche Familie, brachte Sir Bulwer den Toast auf Macready aus. Dieser antwortete in einer Rede, welche so stürmische Beifallsbezeugungen hervorrief, als die, mit welchen er gewöhnlich im Theater empfangen wird.

Frankreich.

× **Paris**, 4. März. [Tagesbericht.] Eine zahllose Menge auf den Boulevards. Alles drängt sich, um den Fastnachtsochsen zu sehen. Auf diesem Wege begegnete die Menge dem Präsidenten, der seinen Phaeton selbst lenkte. Die Rufe: „Vive la République!" brachen aus; mitunter hörte man auch den Ruf: „Vive le Président! vive Napoléon!" Der Präsident schien keine Lust zu haben, seine Promenade auf den Boulevards fortzusetzen, und kehrte um. Wenn die elyseeischen Journale berichten sollten, es habe eine Ovation gegeben, so täuschen sie sich.

Von politischen Dingen ist heute kaum die Rede. Der Fastnachtsochse hat die Politik für heute entfernt, und einstimmig heißt es: „Mit den Geschäften bis Morgen!"

Ganz wahrscheinlich wird die Verbannungsfrage, trotz der 6monatlichen Vertagung des Cretonschen Antrags, weit früher an die Tagesordnung kommen. Bereits hat Em. Girardin eine weit allgemeinere Proposition eingebracht, bezüglich der Aufhebung aller Exil-Gesetze*). Auch Lagrange hat eine ähnliche Proposition eingebracht, und es wird eine Debatte über eine Menge solcher Anträge eröffnet werden, die in verschiedener Form, doch aber ein und dasselbe bezwecken.

Der spanische Gesandte, Herzog von Sotomayor, ist abberufen und zwar deshalb, weil er den früheren Minister-Präsidenten, Marschall Narvaez, mit offiziellen Ehrenbeweisen hier empfangen hat.

Es war hier das Gerücht verbreitet, daß die Familie Orleans während der Londoner Ausstellung Claremont verlassen wird, um nicht von Besuchen belästigt zu werden. Das Gerücht ist grundlos; die Familie verbleibt in Claremont.

[Der Polizei-Präfekt Carlier] soll zufällig in Aachen mit dem Berliner Polizei-Direktor zusammentreffen, um sich über die Maßregeln, welche gegen die in Frankreich lebenden Flüchtlinge ergriffen werden sollen, zu verständigen.

*) Wir haben diese auf telegraphischem Wege uns zugegangene Nachricht bereits in der Zeitung vom Donnerstag gemeldet. Red.

*) Der Antrag lautet: „Abgeschafft sind alle Ausnahmsgesetze in Folge deren eine persönliche, entehrende oder andere Strafe, deren Verhängung allein der richterlichen Gewalt zusteht, direkt von der gesetzgebenden Gewalt im Widerspruch mit Art. 19 der Konstitution, welcher die Trennung der Gewalten als die erste Bedingung einer freien Regierung hinstellt, ausgesprochen worden ist."

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 26. Febr. Eine eben so ansprechende als erhebende Feier versammelte heute die zahlreichen Freunde des hiesigen Ursulinerklosters in der Kirche des Conventes. Fünf Chorschwestern, die sich dem Unterricht der weiblichen Jugend weihen: Bonaventura, Josepha, Bernarda, Cajetana und Dominica, und vier Laienschwestern, zu den Geschäften des Hauses bestimmt: Scholastica, Benigna, Gabriela und Victorina, legten heute ihre feierlichen Gelübde in die Hand unseres hochwürdigsten Kardinals und Fürstbischofs ab. (Schles. Kirchenbl.)

* **Breslau**, 5. März. [In der letzten Sitzung der Sektion für Obst- und Gartenkultur] wurden sehr zierliche aus Draht geflochtene und geschmackvoll verzierte, zur Aufbewahrung wie zur Kultur der Blumen geeignete Körbchen vorgelegt, welche der hiesige Nadlermeister Herr G. Hahn, Weidenstraße Nr. 16, nach einem von dem Herrn Professor Dr. Göppert aus Brüssel mitgebrachten Modell angefertigt hatte. Es wäre zu wünschen, daß dieser Industriezweig, der in Belgien zur Dekoration der Zimmer wie zur Verherrlichung der Blumen-Märkte und Blumenausstellungen dient, auch bei uns eine ähnliche Ausdehnung gewänne, was freilich nur durch recht reges Interesse des Publikums geschehen kann, dem hiermit diese Produktionen angelegentlich empfohlen werden.

* **Görlitz**, 6. März. [Bevorstehende Einführung der Gemeinde-Ordnung.] Wir hören aus zuverlässigem Munde, daß nunmehr die etwas verzögerte Ministerialgenehmigung der neuen städtischen Gemeindegrenzen hierselbst eingetroffen ist. Es wird mit der Wahl des Gemeinderathes nach dem Gesetze von 1850 alsbald begonnen werden und dürfte demnach in etwa zwei Monaten die neue Gemeindevertretung ihre Sitzungen beginnen können.

* **Pleß**, 5. März. [Oberschlesischer Kartoffel-Madeira.] Dieser Tage sind in dem fürstlich Hochberg'schen Keller in Pleß einige 100 Flaschen 30jährigen Kartoffel-Weins (1819 versuchsweise produzirt) an das hiesige Publikum verkauft worden, welcher oberschlesische Wein an Farbe und Geschmack dem Madeira ganz gleich kommt, so daß selbst Weinkenner getäuscht wurden und denselben als ächten Madeira tranken.

Mannigfaltiges.

— Eines der gefährlichsten Subjekte für die großen europäischen Börsen ist unlängst in Hamburg auf der Börse arretirt worden, Maurice Bernard, längst berüchtigt unter dem Namen der Börsendieb. Man schreibt ihm alle die seit Jahren im großartigen Maßstabe und mit dem feinsten Raffinement verübten Diebstähle auf den Börsen von London, Paris, Amsterdam u. s. w. zu. Deshalb hat sich auch die Polizei von Hamburg veranlaßt gefunden an die Sicherheitsbehörden der größten Börsenplätze zu schreiben, um Daten über Maurice Bernard zu erlangen, dessen Kriminalprozeß einer der interessantesten werden dürfte. Es scheint, daß derselbe einer großen Gaunerbande angehört, die ihre Verbindungen in allen Hauptstädten Europas besitzt und es vorzüglich auf die Banquiers und großen Kaufleute abgesehen hat.

— (Magdeburg, 3. März.) Gestern starb hier im noch nicht ganz zurückgelegten einundsiebenzigsten Lebensjahre der Konsistorial- und Schulrath, Propst des Pädagogiums zum Kloster Unserer Lieben Frauen, Dr. Zerrenner, ein Mann, dessen Name, als der eines tüchtigen Pädagogen über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt ist. Seit 1802 gehörte seine Wirksamkeit als Prediger, Lehrer und Schulaufseher unserer Stadt an, deren blühende Bildungs-Anstalten aller Art, was ihre innere Einrichtung betrifft, größtentheils sein Werk sind. Auch als tüchtiger pädagogischer Schriftsteller ist Zerrenner in der Lehrerwelt bekannt, wie denn unter anderen verdienstvollen pädagogischen Werken sein „Neuer deutscher Kinderfreund" — wenn wir nicht irren — allein 22 Auflagen erlebt hat. (K. Z.)

— (Buffalo, 30. Januar.) Der Steamer „John Adams", von Neworleans nach Cincinnati bestimmt, rannte gestern gegen einen treibenden Baumstamm und versank um 3 Uhr in der Nähe von Greenville. Fünf Minuten später löste sich die Kajüte vom Rumpfe und zerbrach in zwei Stücke. Alle Deckpassagiere, meist Californier, aber auch deutsche und irische Einwanderer, mehr als hundert an der Zahl, fanden den Tod im Wasser, ebenso alle Deckarbeiter und Feuerleute, ausgenommen zwei. Von den Kajütpassagieren verunglückte Niemand, obgleich keiner sein Gepäck rettete.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

§ **Breslau**, 7. März. [Kaufmännischer Verein.] Die gestrige Versammlung beschäftigte sich mit einem für die hiesigen Gewerbtreibenden sehr wichtigen Gegenstande, betreffend die Beiträge zum Bankgerechtigkeits-Ablösungsfonds. Bekanntlich waren diese Leistungen im Jahre 1848 sistirt worden. Ueber eine an das Handelsministerium und die Kammern gleichzeitig gerichtete Petition, welche darauf antrug, daß der Staat jene Schuld übernehme, — ist die Kammer zur Tagesordnung übergegangen. Der Minister hat dieselbe nun ebenfalls abschlägig beschieden, und soll dem Magistrat aufgetragen haben, bei Vermeidung einer Strafe von 600 Thalern die Einziehung der Beiträge binnen 6 Wochen zu veranlassen. Als Grund für diese Maßnahme führt das Ministerial-Reskript an, daß nach einem amtlichen Berichte der Handel und Wandel Breslaus in neuester Zeit einen erfreulichen Aufschwung genommen habe, weshalb eine fernere Sistirung der Beiträge vollkommen ungerechtfertigt erscheinen würde.

Nachdem Herr Sturm die Petition des Magistrats wegen gänzlicher Befreiung von der Entrichtung der Beiträge, welche leider erfolglos geblieben, verlesen hatte, motivirte er den Antrag, beim Ministerio nunmehr die vorläufige Sistirung derselben schleunigst nachzusuchen. — Man dürfe sich nicht verhehlen, wie wenig die Verkehrsverhältnisse neuerdings an Lebhaftigkeit gewonnen haben, und wie in manchen Stücken sogar eine nicht unbedeutende Abnahme des gewerblichen Verkehrs eingetreten sei. Unter solchen Umständen könne es den hiesigen Gewerbtreibenden, welche zugleich offene Verkaufsläden haben, (denn nur diese sind die Verpflichteten.) — unmöglich leicht werden, sich jetzt mit einer Abgabe zu belasten, die durchschnittlich der Höhe der von ihnen zu entrichtenden Gewerbesteuer gleichkommt. — Nach einer längeren Debatte erklärte sich die Versammlung für die Triftigkeit des Sturmschen Antrages, und betraute den Vorstand mit dessen Ausführung. Die Petition soll mit möglichst zahlreichen Unterschriften bedeckt an das Ministerium abgehen; zu welchem Zwecke die Vertrauensmänner des Vereins ersucht werden, die Sammlung von Unterschriften in den einzelnen Bezirken zu leiten.

Für ein zu begründendes Institut zum Nutzen verarmter Kaufleute hat Herr Neugebauer ein ziemlich umfangreiches Promemoria nebst Statut entworfen. Die Besprechung der Angelegenheit in den frühern Sitzungen hat bereits mehre Vereinsmitglieder veranlaßt, sich bei der hiesigen kaufmännischen Korporation, der es an Mitteln zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kaufleute nicht fehlt, — rezipiren zu lassen. Doch wurde die Nothwendigkeit nicht verkannt, ein derartiges Institut auf zeitgemäßeren Prinzipien zu basiren, und die weitere Erörterung des Neugebauerschen Planes bleibt für die nächste Sitzung vorbehalten.

Einer Mittheilung des Schriftführers zufolge, werden die Zöglinge des vom Vereine ins Leben gerufenen Unterrichts-Institutes für Lehrlinge am 27. und 30. d. Mts. im Saale der Realschule öffentliche Prüfung ablegen. Für die Fleißigen wird bei dieser Gelegenheit eine Anzahl Prämien zur Vertheilung kommen.

Monats-Uebersicht der preußischen Bank,
gemäß § 99 der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846.

	Betrag	
Aktiva.		
1) Geprägtes Geld und Barren	16,097,200	Rthlr.
2) Kassen-Anweisungen und Darlehns-Kassen-Scheine	3,750,500	„
3) Wechsel-Bestände	9,063,400	„
4) Lombard-Bestände	10,675,300	„
5) Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	20,017,200	„
Passiva.		
6) Banknoten im Umlauf	17,414,200	„
7) Depositen-Kapitalien	24,804,200	„
8) Guthaben der Staatskassen, Institute und Privat-Personen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs	4,276,400	„

Berlin, den 28. Februar 1851.

Königl. preuß. Haupt-Bank-Direktorium.
(gez.) von Lamprecht. Witt. Reichenbach. Meyen. Schmidt. Woywod.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn. Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 23. Febr. bis 1. März d. J. 9946 Personen und 32941 Rtlr. 29 Sgr. 5 Pf. Gesammt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport 2c., vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Haupt-Kontrole.

Inserate.

Bekanntmachung.

Nachdem die Stellen einiger Wahlmänner zur Abgeordneten-Wahl für die zweite Kammer erledigt worden sind, wird in Gemäßheit des § 18 der Verordnung vom 30. Mai 1849 in den nachgenannten Wahlabtheilungen

Mittwoch den 12. März d. J.,
Nachmittag um 3 Uhr,

eine Ersatzwahl stattfinden.

Es wählt:

Der Wahlbezirk 106, Abtheilung III.,
umfassend die Häuser
vom Elftausend Jungfrauen-Bezirk:
a. Lehmdamm Nr. 1 bis incl. 20,
b. Neue-Junkernstraße Nr. 6 bis 9,
einen Wahlmann.

Wahl-Lokal: Elementarschule Nr. 8, Klingelgasse Nr. 1.
Wahl-Kommissarius: Universitäts-Sekretär Nadbyl.

Der Wahlbezirk 117, Abtheilung I.,
umfassend die Häuser
vom Mauritius-Bezirk:
a. Klosterstraße Nr. 1 und 86 bis 88 und 91,
b. Ohlauer-Stadtgraben Nr. 1, 2 und 16 bis 20,
einen Wahlmann.

Wahl-Lokal: Elementarschule Nr. 9, Klosterstraße Nr. 77.
Wahl-Kommissarius: Stadtrath Seidel.

Der Wahlbezirk 124, Abtheilung III.,
umfassend die Häuser
vom Barmherzigen Brüder-Bezirk:
Klosterstraße Nr. 41 bis 56 incl. der Badeanstalt an der Ohlau,
einen Wahlmann.

Wahl-Lokal: Elementarschule Nr. 9, Klosterstraße Nr. 77.
Wahl-Kommissarius: Stadtrath v. Langendorff.

Der Wahlbezirk 140, Abtheilung II.,
umfassend die Häuser
vom Nikolai-Bezirk, Abtheilung II.:
a. Kleine-Holzgasse Nr. 1 bis 4,
b. Fischergasse Nr. 1 bis 8,
c. Langegasse Nr. 1 bis 20,
einen Wahlmann.

Wahl-Lokal: Elementarschule Nr. 6, Fischergasse Nr. 21.
Wahl-Kommissarius: Stadtrath Neumann.

Der Wahlbezirk 144, Abtheilung II.,
(Militär-Bezirk)
umfassend:
die Kavalerie-Kaserne und die in Privat-Gebäuden vor dem Nikolai-, Schweidnitzer- und Ohlauer-Thore wohnhaften resp. einquartierten Militär-Personen und Militär-Beamte,
einen Wahlmann.

Wahl-Lokal: Speisesaal in der Kürassier-Kaserne.
Wahl-Kommissarius: Rittmeister Baron v. Rheinbaben.

Der Wahlbezirk 145, Abtheilung I., II.,
(Militär-Liste)
umfassend:
die in den Kasernen Nr. 4, 6, 7 einquartierten und alle in Privat-Gebäuden im Bürgerwerder, sowie in demjenigen Theile der Oder-Vorstadt, welcher von der linken Seite der Matthiasstraße bis zur Hundsfelder-Barriere westlich gelegen ist, wohnhaften Militär-Personen und Militär-Beamte,
jede Abtheilung einen Wahlmann.

Wahl-Lokal: Speisesaal in der Jäger-Kaserne.
Wahl-Kommissarius: Bataillons-Arzt Dr. Saleri.

Die in den Wahl-Listen vom 16. Juli 1849 verzeichneten Urwähler aller vorstehend genannten Abtheilungen werden hierdurch zu diesen Wahlen vorgeladen.

Breslau, den 6. März 1851.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Vorlagen für die Versammlung des Gemeinde-Raths
Montag den 10. März Nachmittag 4 Uhr.

Vorstellung an das königl. Staats-Ministerium in Betreff der direkten Beiträge zum Bankgerechtigkeiten-Ablösungs-Fonds. — Beschaffung von Lokalien für Filial-Impf-Anstalten. — Antrag, betreffend die Verpachtung des Platzes an der Riemerzeile zur Aufstellung von Wollzelten. — Provinzial-Statut der christkatholischen Gemeinden in Schlesien. — Errichtung einer neuen Stelle im Dienstboten-Hospital. — Bewilligung von Etats-Ueberschreitungen und Unterstützungen. — Kommissions-Gutachten über die Etats des Elementarschulenwesens, der Haupt-Armen-Kasse, der höheren Bürgerschule I., des Krankenhospitals zu Allerheiligen, über die Rechtfertigung bezüglich der Ausführung der Bauten auf dem Packhofe vor dem Nikolaithore und über das Projekt zur Ausfüllung eines Sumpfloches an dem Grundstück 90 der Klosterstraße.

Gräff Vorsitzender.

Theater-Repertoire.

Sonnabend den 8. März. 60ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 4ten Male: **„Weiberlist", oder: „Die Schule der Männer."** Zauber-Posse mit Gesang und Tanz in drei Akten und einem Vorspiele von J. Lasker. Musik komponirt und arrangirt von Unverricht. **(Einlaß 5½ Uhr. Anfang 6½ Uhr.)**

Sonntag den 9. März. 61ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Wilhelm Tell."** Heroisch-romantische Oper mit Tanz in 4 Aufzügen, Musik von Rossini.

Verlobungs-Anzeige.

Statt jeder besondern Meldung zeigt hiermit Verwandten und Freunden die Verlobung ihrer Tochter Adelheid mit dem Herrn Pastor Hähnel ganz ergebenst an:

verw. Kämmerer Stanke.

Als Verlobte empfehlen sich:
Adelheid Stanke.
Hähnel, Pastor.

Freiburg u. Kunzendorf, den 6. März 1851.

Entbindungs-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)

Heute Morgen 6¼ Uhr wurde meine geliebte Frau Flora, geb. Schmidt, schwer, doch glücklich von einem gesunden, starken Mädchen entbunden.

Gnadenfeld, den 6. März 1851.

E. Fölckel, Prem.-Lieutenant u. Comp.-Führer.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen starb hierselbst an Lungenschwindsucht unser Vater, der königl. Postsekretär a. D. Harski.

Breslau, den 6. März 1851.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen um 8 Uhr verschied zu einem bessern Jenseits nach 5wöchentlichem Krankenlager in Folge einer Lungenlähmung in dem Alter von 55 Jahren 11 Monaten mein guter theurer Vater, der Schneider-Ober-Aelteste Karl Gock. Diese Anzeige seinen Freunden und Bekannten, statt besonderer Meldung, von der tiefbetrübten

Tochter Amalie Gock.

Brieg, den 4. März 1851.

Todes-Anzeige.

Unsere Tochter Julie starb am 6. d. Mts., Abends 11 Uhr, an den Krämpfen in dem Alter von 2 Jahren und 2 Monaten.

Breslau, den 7. März 1851.

Schröder, Bahnhofs-Inspektor, und Frau.

Todes-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)

Den heute früh nach namenlosen Leiden an der Luftröhrenschwindsucht erfolgten Tod ihres unvergeßlichen Gatten und Sohnes, des Dr. med. et chirurg. Ernst Otto, zeigen, um stille Theilnahme, bittend, tiefgebeugt an:

Die Hinterbliebenen.

Reichenbach, den 6. März 1851.

Ich zeige hiermit an, daß ich mich in **Konstadt** niedergelassen habe.

Konstadt, den 5. März 1851.

Dr. **Schaffranek,**
praktischer Arzt, Wundarzt u. Geburtshelfer.

III. u. letzter Thée dansant im Börsen-Lokale am 11. März.

Die Billets à 1 Rtl. wollen Nicht-Abonnenten am Balltage in den Stunden von 9—6 Uhr in dem Komptoir der Herren **A. C. L. Müller,** Karlsstraße Nr. 36, geneigtest einholen.

Die Börsen-Ressourcen-Direktion.

Bei **Joh. Urban Kern,** Ring Nr. 2, ist eingetroffen:

Meyer's Groschenbibliothek
23stes u. 24stes Heft, jedes Heft à 1¼ Sgr.

Ein so eben vom Militär entlassener junger Mann, sucht bei sehr soliden Ansprüchen eine Stelle als Komtoirbote, Haushälter oder Bedienter. Das Nähere hierüber wird Herr Kaufmann Steulmann, Schmiedebrücke Nr. 36, die Güte haben mitzutheilen.

Pollutions-Verhütungs-Instrumente sind wieder vorräthig bei Schmidt, Katharinenstr. 4.

Einem hochgeehrten Patronen-Personale, welches das Hausarmen-Medizinal-Institut mit Beiträgen unterstützt, zeigt die unterzeichnete Direktion hierdurch ergebenst an: daß

den 8. März d. J., Nachmittags 3 Uhr,

die **Haupt-Revision** der Verwaltung dieses Instituts für das Jahr 1850 im Fürstensaale des Rathhauses stattfinden wird. — Wir laden hierzu nach dem Art. XIII. Littr. J. unserer Statuten die sämmtlichen Instituts-Patrone ergebenst ein, um sich von der gesetzmäßigen Verwaltung des Instituts im verflossenen Jahre zu überzeugen. Breslau, 28. Februar 1851.

Die Direktion des Hausarmen-Medizinal-Instituts.

Kunst-Anzeige. Baldiger Schluß!

Nur noch sehr kurze Zeit können laut früh. Bekanntmachung in d. Bl. Erwachsene oder Kinder vom 10. Jahre an, selbst ohne Zeichnenbegriffe, die überall so sehr beliebte Schnellmalerei und Bleistiftzeichnung nach der Natur auf Papier, Seide, Cannevas (um das lästige Zählen d. St. zu ersparen), Holz, Marmor 2c. zu Verzierung außerordentlicher Geschenke (als: Tische, Kästchen, Sophapolster, Glockenzüge, Ofenschirme, Stammblätter, Briefbogen 2c. 2c. im brillantesten Farbenspiele, oder mit Gold und Silber) passend, in 4 Stunden für 1 Rtl. 15 Sgr. Vorausbezahlung (außerm Hause 8 Rtl. für 1—4 Pers.) erlernen. Da unsere sämmtlichen Schüler und Schülerinnen so freundlich sind, uns überall zu empfehlen, so hört wohl jeder Zweifel auf. Herren oder Damen haben besondere Stunden, die bereits von den ersten Herrschaften Breslaus besucht werden. Auch viele Schüler der vorzüglichsten Lehr- und Pensions-Anstalten versäumten nicht, diesen Unterricht zu besuchen, da diese richtigen Naturzeichnungen, die sicher nie fehlen, im späteren praktischen Leben oft große Vortheile gewähren können. Es bitten nochmals um schnelle Anmeldung:

D. Jägermann und Frau,
(priv. zu Wien), in Breslau Albrechtsstr. Nr. 24, 1 Treppe hoch rechts, sicher zu sprechen von 12¼ bis 12½ Uhr und von 4 bis 4¼ Uhr. Auch Schülerarbeiten sind dann anzusehen.

Hamburger Hochschule für das weibl. Geschlecht.

Unsere Fortbildungs-Anstalt für erwachsene Mädchen, die jedenfalls das fünfzehnte Jahr zurückgelegt haben müssen, ist mit verschiedenen Pensionsgelegenheiten für Auswärtige verbunden und gewährt den Hochschülerinnen Mittel zu einer weitern vielseitigen Ausbildung, wie sie bis jetzt in der Art wohl an keinem andern Orte Deutschlands beisammen gefunden werden. Es wird an ihr auf eine dem Zweck der Anstalt entsprechende Weise in Naturwissenschaften, Geographie, Geschichte, Literaturgeschichte, neueren Sprachen, Erziehungslehre, Aesthetik, Musik, Zeichnen u. s. w. unterrichtet. Mehrere Lehrstunden werden mit besonderer Rücksicht auf Solche gegeben, die sich zu Lehrerinnen und Erzieherinnen ausbilden wollen. Für diese ist auch Gelegenheit zu praktischen Uebungen. Diejenigen Hochschülerinnen, welche als Pensionärinnen in eine der Lehrerfamilien eintreten, können sich bei diesen, wenn es gewünscht wird, auch am Haushalt praktisch betheiligen. Für ein geselliges Anschließen der Hochschülerinnen an mehrfache gebildete Familienkreise wird nach Kräften Sorge getragen, wie überhaupt alles geschieht, um den einzelnen alle die Vortheile für ihre Fortbildung zugänglich zu machen, die der Aufenthalt gerade in der Weltstadt Hamburg bietet.

Weiteres über die Anstalt enthalten die jüngst erschienenen Programme.

Hamburg, Holländ. Brook Nr. 25.

Der Verwaltungs-Ausschuß.

Konditor-Gehülfen-Gesuch.

Unterzeichnete suchen **neun** bis **zehn** geordnete Konditor-Gehülfen. Die Bewerber um eine dieser Stellen haben eine glacirte Figur als Muster ihrer Arbeit einzusenden.

C. O. Moser u. Comp., Konditorei en gros in Stuttgart, Königreich Würtemberg.

Perl-Kaffee.

Seit dem 10. September vor. J. von mir für Schlesien eingeführt, ist wieder vorräthig! Dieser Kaffee, in Champagnerflaschen, netto ½ Pfd. enthaltend, à 7½ Sgr. ist von meinen permanenten geehrten Käufern als der vorzüglichste anerkannt worden! Ich lade diejenigen Herrschaften, welche diesen Kaffee noch nicht kennen, zu Versuchen ergebenst ein, und bringe gleichzeitig meine seit 6 Jahren berühmt gewordenen

„„„Dampf-Kaffee's"""

in empfehlende Erinnerung. — Dieselben werden präparirt nach der Methode des Herrn Prof. Grove, wozu ich kontraktlich autorisirt bin, und in 1/1, ½ und ¼ Pfund-Packeten gepackt, verkauft, um aber den vielseitigen Wünschen der Herren Kaufleute in der Provinz zu genügen, so versende ich meine

Dampf-Kaffee's

auch lose in ½, 1/1 und 2 Zentner-Kisten mit Schloß versehen, welche gefüllt an Dieselben und leer zur erneuerten Füllung an mich zurückgehen.

Eduard Groß, am Neumarkt Nr. 42.
Importeur des Dampf-Kaffee für Schlesien.
d. d. 30. Dezember 1844.

Zur gefälligen Beachtung.

Mein Samenlager von Oekonomie-, Gemüse- und Blumensamen, **für deren Zuverlässigkeit ich garantire,** empfehle ich laut meiner Preisliste, welche (da ich dieselbe den Zeitungen nicht beilegen lasse) portofrei übersendet wird, zur gefälligen Berücksichtigung. Noch bemerke ich, daß bei der billigen Preisstellung der meisten Artikel (im Vergleiche anderer Preislisten) die betreffenden Transport- und Portokosten fast gänzlich gedeckt werden dürften, worauf ich noch besonders aufmerksam mache. Bei Konjunkturen kurrenter Artikel, welche einem Steigen oder Fallen des Preises unterworfen, werde ich dies stets auf das solideste berücksichtigen.

Meine Samenhandlung befindet sich Schweidnitzer Vorstadt, Gartenstraße Nr. 6, zu Breslau.

Eduard Monhaupt, Kunst- und Handelsgärtner.

Heilsame Erfindung.

Neu verbessertes, Hümmert's Pollutions-Instrument mit Suspensorium, welches, ohne im Geringsten Unannehmlichkeiten oder nachtheilige Folgen für die Gesundheit herbeizuführen, durchaus keine Pollution zuläßt. Die Wahrheit dieser Aussage ist durch vielfache Erfahrungen bestätigt und durch Zeugnisse von den berühmtesten Aerzten, als: vom Hrn. geh. Med.-Rath Prof. Dr. Dieffenbach in Berlin, von den Herren Prof. Dr. Braune, Prof. Dr. Cerutti, Prof. Dr. Carus zu Leipzig, Herrn geh. Med.-Rath Dr. v. Blödau zu Sondershausen und vielen Andern dargethan, weshalb ich mich jeder weitern Empfehlung enthalte. Da das Instrument in Holz bei Bewegungen im Schlafe sehr leicht zerbricht, so sind nun auch welche in Metall zu nachstehenden Preisen zu haben und erhält man gegen portofreie Einsendung des Betrages das Instrument nebst Gebrauchsanweisung vom Unterzeichneten zugeschickt.

Ein Instrument in feinem Neusilber 4 Rtl., gepolstert 5 Rtl., in feinem Messing 3 Rtl., gepolstert 4 Rtl., in feinem Holz ohne Suspensorium 2 Rtl.

S. Frankenheim in Leipzig, Reichsstraße Nr. 55—579, im Uhrengewölbe.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Schweidnitzer Vorstadt, neue Taschenstr. Nr. 6b. belegenen, dem Rittergutsbesitzer Ernst Pucher gehörigen, auf 17,188 Rthl. 5 Sgr. 4 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 6. Mai 1851,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Pflücker in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 6. September 1850.

Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Holz-Verkauf.

Aus dem königlichen Forstrevier Schöneiche sollen

Dienstag, den 18. März d. J.,
von Vormittags 10 Uhr ab,

I. im hohen Hause zu Wohlau:

a. aus den Beläufen Heidau und Buschen: 300 Klaftern Kiefern Scheit, 100 Klaftern Stockholz, 50 Schock Reisig, 5 Klaftern Birken Scheit, 6 Klaftern Aspen Brennholz, 150 Klaftern Erlen Scheit, 200 Klaftern Knüppelholz und 50 Schock Reisig, so wie verschiedenes Kiefern Bauholz und Klötzer und 4 Stück Birken Nutzholz,

b. aus dem Belauf Kreidel: 20 Klaftern Eichen Scheit, 4 Klaftern Knüppel, 13 Schock Reisig, 150 Klaftern Buchen Scheit, 35 Klaftern Knüppelholz, 7 Klaftern Eschen Scheit, 6 Klaftern Birken, 6 Klaftern Rüstern, 15 Klaftern Erlen, 25 Klaftern Linden, 12 Klaftern Aspen, so wie 9 Stück Buchen Nutzholz, 15 Stück Eschen, 4 St. Rüstern und 5 Stück Birken;

II. Im Gerichtskretscham zu Friedrichshain:

Mittwoch, den 19. März d. J.,
von Vormittags 9 Uhr ab:

a. aus dem Belauf Bautke: 10 Klaftern Eichen Scheitholz und 10 Schock Reisig;

b. aus den Beläufen Tarxdorf, Pronzendorf und Heidau: 1000 Klaftern Eichen Scheit. 90 Klaftern Rüstern, 50 Klaftern Birnbaum, 16 Klaftern Linden, 10 Klaftern Weiden und Aspen, 25 Klaftern Birken Scheit, 20 Klaftern Knüppelholz, 10 Klaftern Stockholz, 300 Klaftern Erlen Scheit, 200 Klaftern Knüppel, 300 Klaftern Kiefern Scheit, 250 Klaftern Knüppel, 80 Klaftern Stockholz und 200 Schock Eichen Reisig, 200 Schock Erlen und Kiefern Reisig, so wie diverses Kiefern Bauholz, Klötzer und Rüstern Nutzholz öffentlich meistbietend verkauft werden.

Schöneiche, den 4. März 1851.

Der Oberförster Wagner.

Auktion.

Dinstag den 11. März, früh 8 Uhr, sollen im Hospital zu St. Bernhardin in der Neustadt Nachlaß-Sachen verstorbener Hospitaliten gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden.

Das Vorsteher-Amt.

Auktion. Am 10. d. Mts., Vorm. 9 und Nachmittag 2 Uhr, sollen in Nr. 42 Breitestr. neue feine Möbel von verschiedenen Hölzern, fertige neue Kleider, Tuch- und Bukskingreste, Westen- u. Hosenstoffe, Nankins, Cassinets, parfümirte Seifen 2c. öffentlich versteigert werden.

Mannig, Auktions-Kommis.

Ankündigung.

Mittelst eines geringen Einschusses von nur wenigen Thalern ist man im Stande, sich bei einem Unternehmen zu betheiligen, welches dem daran Theilnehmenden schon von diesem Jahre an eine **jährliche Dividende** bis zu

Acht Tausend Thaler pr. Cour.
oder
Vierzehn Tausend Gulden rhn.

eintragen kann. Allen, welche bis den 31. März d. J. deshalb in frankirten Briefen anfragen, ertheilt unentgeltlich spezielle Auskunft das

Büreau von Johannes Poppe,
Aegidienstraße 659 in Lübeck.

Lübeck, den 15. Febr. 1851.

Dampfmaschinen-Verkauf.

Unterzeichneter beabsichtigt seine im Jahre 1843 durch den Maschinenbaumeister Herrn F. A. Osti in Breslau neu erbaute Hochdruck-Dampfmaschine von 10 Pferdekraft inkl. Dampfkessel, Mahlmühle nebst Zubehör wegen schwächerem Betriebe der Brennerei zu civilem Preise zu verkaufen. Dieselbe ist bis Ende Mai im Betriebe und könnte von da an abgelassen werden.

Fürsten-Ellguth bei Bernstadt, 4. März 1851.

Scholtz, herzogl. Oberamtmann.

Bleichwaaren

aller Art übernimmt und besorgt bestens

Wilh. Regner, Ring goldne Krone.

Nervenstärkende
das Wachsthum der Haare befördernde

Rosen- u. China-Pommade,
in Krausen à 10 Sgr.
Arom. medizin. Seife à Stück 5 Sgr.
Veilchen- u. Königsseife à 5 Sgr.
Kampfer- u. Schwefelseife à 5 Sgr.
Mandelseife à 4 u. 5 Sgr.
Omnibusseife à 6 Sgr.
Bimsteinseife à 1, 2, 3, 4 u. 5 Sgr.
Cocos-Nuß-Oel-Soda-Seife,
in weißer und bunter Farbe à 1 u. 2 Sgr.
Pommade in Stangen,
mit Staniol-Umschlag, in blonder, brauner und schwarzer Farbe, das Stück 1, 2, 4 u. 6 Sgr.

Niederlage für Breslau bei

S. G. Schwartz, Ohlauerstraße Nr. 21.

Ein unter dem Schutze seiner Regierung concessionirtes Etablissement sucht gegen gute Provision achtbare **Agenten,** gleichviel ob Privat- oder Kaufleute, — Offerten **J. F.** poste restante **Bingerbrück** in Preußen (franco).

Für Landwirthe.

Getreide-Säcke, Sack-Drillich und Leinwand verkauft billigst

Wilhelm Regner, Ring, goldne Krone.

3000 Zentner Runkeln
(gut gehaltene weiße Zucker-Rüben)

sind zu ¾ des sonst gewöhnlichen Preises zu verkaufen durch die

Wirthschafts-Verwaltung
der Herrschaft Ottmachau-Friedrichseck.

Eine Land- und Kräuter-Wirthschaft, ½ Meile von Breslau, vor dem Ohlauer Thore, mit großem Garten, Acker und Wiese, 11 gr. Morgen, ist wegen zu hohem Alter des Besitzers höchst billig zu verkaufen. Näheres Schweidn. Straße Stadt Berlin, in der Restauration.

Bei **Graß, Barth** und **Comp.** in **Breslau** und **Oppeln,** bei Heege in Schweidnitz und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Die probatesten Hausmittel gegen Krankheiten enthält:

Der Leibarzt oder
500 Hausarzneimittel
gegen 145 Krankheiten der Menschen,

als: Magenschwäche, Magenkrämpfe, Diarrhöe, Hämorrhoiden, Hypochondrie, Gicht, Rheumatismus, Engbrüstigkeit, Verschleimung des Magens und des Unterleibes, Harnverhaltung, Verstopfung, Kolik, venerische Krankheiten, wie auch alle Hautkrankheiten; ferner 24 allgemeine Gesundheitsregeln, Kunst, ein langes Leben zu erhalten, und

Hufelands Haus- und Reise-Apotheke.
Achte!! Auflage. — Preis 15 Sgr.

Bei allen vorkommenden Krankheiten leistet dieser sehr bewährt gefundene Hausdoktor Rath und sichere Hülfe.

Auch bei F. Hirt in Breslau, Flemmingsche Buchhandlung in Glogau, Bredul und Förster in Gleiwitz, Burchardt in Neisse, Köhler in Görlitz, Reißner in Liegnitz, Weiß in Grünberg und Nesener in Hirschberg vorräthig.

In der Albert A. Wenediktschen Buchhandlung in Wien ist erschienen und in **Breslau** bei **Graß, Barth** und **Comp.,** Herrenstraße Nr. 20, zu haben:

Der vollkommene und jederzeit glückliche
Angelfischer.

Enthaltend: Eine praktische Anleitung zum Angeln nach den neuesten und zweckmäßigsten, in England und Deutschland üblichen Methoden, mit Angabe aller Angelarten, besonders der neuesten mit der künstlichen Fliege; ferner eine deutliche Anweisung, alle Arten bisher geheim gehaltener Köder und Lockspeisen zu machen, um die Fische aus der Ferne anzulocken und mit den bloßen Händen zu fangen.

Mit einem Anhange,
wie Krebse auf verschiedene, leichte und belustigende Weise zu fangen und zu mästen sind.

Von **Henry Ludley.**
kl. 8. 1850. elegant brochirt. Preis nur 9 Sgr.

In **Oppeln** bei **Graß, Barth u. Comp.,** in **Brieg** bei **Ziegler.**

Für Runkelrübenzucker-Fabrikanten.

Zuckerpreßtücher werden auf Bestellung in gewünschter Größe und Dichtigkeit geliefert von der **Schöllerschen Kammgarn-Spinnerei in Breslau.**

Frische Holsteiner Austern und sehr schöne frische See-Dorsche bei Karl Krause, Albrechtsstraße 35.

Pensions-Anzeige.

Von Ostern ab können noch einige Knaben in Pension genommen werden, und, wenn es gewünscht wird, die nöthige Nachhilfe in ihren Schularbeiten erhalten. Näheres Altbüsserstraße Nr. 53 in der ersten Etage.

Aus London!

Indisches Bier,
Doppelt Porter, à 7½ Sgr.,
Einfach Porter, à 5 Sgr.,
von Barclay Perkins u. Comp.,

empfiehlt der **Braunschweiger Keller,** Ohlauerstraße 5/6, zur Hoffnung.

Tafel-Reis, das Pfund 1¾ Sgr., im Ballen billiger, offerirt: **F. A. Grützner,** Neumarkt Nr. 27.

Zu verkaufen.

Die vom verstorbenen Dr. H. Cohnsberg hinterlassene **medizinische Literatur,** auch wissenschaftliche Werke in deutscher, französischer, englischer und italienischer Sprache sind zu verkaufen Ring 60, 2 Treppen.

Zu verkaufen:

ein Flügel, 7oktav., für 60 Rtl., Bischofsstraße Hotel Silésie, 1 Stiege.

Zu verkaufen: Ein guter Satz Billard-Bälle für den festen Preis von 10 Rthlrn., Ohlauer Straße 77, im Billardzimmer.

Gemüse-, Blumen- und Runkelrüben-Samen,

vorzüglich die neue **Riesen-Futter-Runkelrübe,** à Pfd. 15 Sgr., empfiehlt in bester Echtheit von 1850r Ernte in erprobter Keimfähigkeit:

Friedrich Gustav Pohl,
Breslau, Schmiedebrücke Nr. 12.



Mit einem Transport Litthauer Reit- und Wagen-Pferde angekommen, stehen dieselben zum Verkauf: Garten-Straße Nr. 12, bei

Karl Heuber.

Die Milch von einem Dominium, täglich 2–300 Quart, wünscht Jemand gegen Kaution zu übernehmen. Näheres zu erfragen Reuschestraße Nr. 50, 4 Stiegen, bei E. Born.

---

500 Rtl. werden gegen vollständig-hypothekarische Sicherheit gesucht, neue Taschenstraße Nr. 6, 3 Treppen rechts.

Eine englische Drehmangel,
neu angefertigt, so wie eine
Ziehmangel,

schon gebraucht, in gutem Zustande, stehen zum Verkauf Klosterstraße 67, beim

Tischler-Meister Philipp Peter.

Zum **Bratwurst-Essen** auf heut den 8. März ladet ergebenst ein: **Klose,**
Scheitnigerstr. 14, im goldnen Adler.

Für einen **Oekonomie-Eleven** ist auf einer Herrschaft bei Nimptsch gegen Zahlung einer Pension vom 1. Mai an eine Stelle offen. Nähere Auskunft giebt Herr Kaufmann **Kranz,** Riemerzeile 15.

Malzsyrup

von wirklich schöner Qualität offerirt im Faß den Zentner 3⅚ Rtl. pr. comptant; feinstes weißes **Kartoffelmehl** den Zentner 5⅓ Rtl., das Pfund 2 Sgr.

Karl Steulmann,
Universitätsplatz u. Schmiedebrücke-Ecke Nr. 36

Holsteiner Austern bei Lange u. Comp.

Albrechts-Straße Nr. 24 ist ein sehr freundliches Quartier im ersten Stock des Seitengebäudes, bestehend aus 2 Stuben, 2 großen Kabinets, Küche und Beigelaß, zu Ostern d. J. zu vermiethen. Ebendaselbst ist der erste Stock im Vorderhause, bestehend aus 6 Zimmern und gehörigem Beigelaß, zu Johannis zu vermiethen. Das Nähere im 2ten Stock zu erfragen.

Karlsstraße 32 ist die Bel-Etage von Johannis ab zu vermiethen.

Bischofsstraße 16 stehen zwei Pferde zum Verkauf.

Fremden-Liste von Zettlitz Hôtel.

Oberamtm. Braune aus Grögersdorf. Frau v. Pfeil aus Schweidnitz. Kammerherr v. Rabenau aus Adelsbach. Justizrath Dorsting aus Halle. Gutsbes. v. Viebahn aus Troppau.

Markt-Preise.
Breslau am 7. März 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	53	51	49	46	Sgr.
Gelber dito	52	50	47	45	„
Roggen . . .	43	41	39	37	„
Gerste . . .	30	28	27	26	„
Hafer . . .	25	23	22	21	„
Rothe Kleesaat	—	11	10	7—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	10⅚	9⅚	6–8	Rtl.
Spiritus . .	6¾ Rtl. bez.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Breslau, 7. März. Rüböl 10⅚ Br.

---

6. und 7. März	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27" 1,82'''	27" 3,24'''	27" 5,19'''
Thermometer	— 0,8	— 2,8	+ 0,3
Windrichtung	SW	NO	NNW
Luftkreis	wolkig	überwölkt	trübe

Börsenberichte.

Breslau, 7. März. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95¼ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or 113⅜ Br. Louisd'or 108 Gl. Polnisch Courant 94 1/12 Br. Oesterreichische Banknoten 79 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 129 Br. Freiwillige preuß. Anleihe 105¾ Br. Neue Staats-Anleihe 4½ % 100 11/12 Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½ % 84¾ Gl. Breslauer Stadt-Obligationen 4 % 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % 101 Gl., neue 3½ % 91⅛ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½ % 95 5/12 Gl., neue schlesische Pfandbriefe 4 % 102 Br., Litt. B. 4 % 101⅙ Gl., 3½ % 92 Br. Alte polnische Pfandbriefe 94¼ Br., neue 94¼ Br. Polnische Schatz-Obligationen 81 Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 82 Gl. Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 76⅙ Br., Priorität 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 116⅙ Br., Litt. B 110 Br. Krakau-Oberschlesische 74¾ Br. Niederschlesisch-Märk. 82 11/12 Br., Priorität 5 % 104 Br., Serie III 103½ Br. Neisse-Brieger 43¼ Br. Köln-Mindener — — Priorität 103¼ Gl. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 39¼ Gl.

Berlin, 6. März. Die Börse war auch heute bei im Ganzen wenig veränderten Coursen wieder in matter Haltung; Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Aktien Anfangs durch einige Anstrengung auf 40 getrieben, schlossen merklich höher.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 100¾ bez., Priorität 5 % 103¾ bez. Krakau-Oberschlesische 4 % 75 à 74½ bez., Priorität 4 % 86½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 39½, 40, 39½ bez. und Gld., Priorität 5 % 95¾ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 82⅞ bez., Priorität 4 % 94⅝ bez., Priorität 5 % 103¾ bez. und Br., Serie III. 5 % 103 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % 26½ Br., fr. Zinsen. Oberschlesische Litt. A. 3½ % 116¾ bez., Litt. B. 3½ % 110 Br. — Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 105⅜ Br. Staats-Anleihe von 1850 4½ % 100⅝ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½ % 85¼ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 127¼ Br. Posener Pfandbriefe 4 % — — 3½ % 91 bez. Preußische Bank-Antheile 96¾ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 94½ Br., neue 4 % 94 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 82¼ bez. und Br., à 300 Fl. 145 Br.

Wien, 6. März. Fonds und Aktien waren im Beginne der Börse flau, und wurden Bankaktien 1255, Nordbahn bis 130, Loose von 1839 bis 119 gemacht, gegen Ende zeigte sich jedoch zu höhern Coursen viel Kauflust, namentlich auch für 4½ % Metall., welche ebenfalls höher schlossen. Für Comptanten und Wechsel waren zur etwas erhöhten Notiz mehr Nehmer als Geber.

5 % Metalliques 96½, 4½ % 85¼; Nordbahn 31: Hamburg 2 Monat 191½ London 3 Monat 12. 44.; Silber 129⅝.

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.